

Dieses Blatt erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bren. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

### Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung.

Von Karl Schmidt.

IV.

Leider läßt es der Raum nicht zu, auf die weitere Rechtsprechung des RAG einzugehen, um zu beweisen, daß noch auf vielen anderen Gebieten

eine Rückwärtsentwicklung, eine Verschlechterung der Rechte der Arbeiter

stattfindet. Singheimer hat den Notruf ausgestoßen: „Der Lohnschutz ist in Gefahr!“ — Das RAG hat in den Paragraph 394 BGB den Begriff Arglist hineingeschoben. Es verkennet auch vollständig den Zweck, weshalb das Lohnbeschlagnahmegesetz, welches seit 1869 besteht, und auch heute noch für die Existenz der Arbeiterschaft erforderlich ist, geschaffen wurde.

Der Urlaubsanspruch der Arbeiter wird namentlich in der jetzigen Zeit, wo die Kurzarbeit eine Rolle spielt, durch die sonderbaren Rechtschlüsse des RAG in Frage gestellt.

Die Arbeitsordnung, die kollektives Arbeitsrecht schon in der Vorkriegszeit brachte, wird beiseite geschoben. Den Unternehmern wird die Möglichkeit gegeben, sie einseitig abzuändern.

Die Direktionsgewalt des Unternehmers wird durch die Rechtsgrundsätze des RAG gestärkt.

Der Unternehmer hat Gelegenheit, durch Massenkündigung das Einzelarbeitsverhältnis zu lösen und einseitig Akkord- oder andere Betriebsvereinbarungen zu ändern. Ferner wird den Unternehmern das Recht zugesprochen, dauernd kurzfristige Dienstverträge abzuschließen. Es ist nach Ansicht des RAG nicht unbillig und verstößt auch nicht gegen das Gesetz, wenn dadurch die Arbeiter um ihren Urlaub und um ihr Einspruchsrecht gebracht werden. Professor Dr. Singheimer, der sich von dem RAG die weitestgehenden Vorteile für die zukünftige Rechtsgestaltung versprach, führte auf einer Konferenz nach dem „Vorwärts“ vom 26. März 1931 folgendes aus:

„Trotz aller Fortschritte, insbesondere auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, macht sich jedoch ein starker Schatten bemerkbar. Das Arbeitsrecht erfährt zwar keine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen; demgegenüber fühle man aber sehr deutlich einen fortgeschrittenen Abbau des Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung, insbesondere die des Reichsarbeitsgerichts.“

Im Januar 1929

hat das RAG im Ruhefreibereich die Kernbestimmungen des Schlichtungswesens zerschlagen,

indem es den Stimmentscheid des unparteiischen Vorsitzenden für unwirksam erklärte. Durch diese und ähnliche Entscheidungen ist das Vertragsrecht für Millionen von Arbeitern in Frage gestellt. Diese gesetzeseheuernde Entscheidung wurde vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 durch eine Verordnung vom 9. Januar 1931 wieder gutgemacht. Die vom Gericht geschlagene Lücke wurde wieder ausgefüllt.

Die verheerenden Wirkungen der Rechtsprechung des RAG haben auch den ADGB bewogen, die sozialdemokratische Fraktion zu veranlassen, Gesetzesänderungen zu beantragen. Die Anträge verlangen:

Das Tarifvertragsrecht zu ergänzen und zu bestimmen, daß es unabdingbar ist; bezüglich der RAG müssen Ergänzungen geschaffen werden, damit die Arbeiter nicht weiterhin durch die Rechtsprechung geschädigt sind; der § 615 BGB muß neu gestaltet werden, damit er nach dem Willen des Gesetzgebers Anwendung findet.

Die Rechtsprechung wirkt sich in dieser Beziehung als offener politischer Kampf aus.

Vor der juristischen Studiengesellschaft in München führte der frühere Reichsgerichtspräsident Dr. Simons am 9. November 1928 (Justiz, II S. 205) aus:

„Einen deutschen Richter, der für den Klassenkampf eintritt, können wir nicht brauchen. Klassenkampf heißt bewußte Ungerechtigkeit.“

Die Justiz steht heute gemäß der gesetzlichen Eigentumsregelung noch im Dienste der Klassenherrschaft der Besitzenden. In diese Richtung denkt aber Simons nicht, sondern an die proletarischen Klasseninteressen. Ist das, vom Arbeiterstandpunkt aus gesehen, nicht auch bewußte Ungerechtigkeit?! Das RAG wagt sogar, die innere Berechtigung des Streiks zu prüfen. Als Begründung müssen die Begriffe „gute Sitten“ und „Treu und Glauben“ herhalten. Eine Hemmung unseres Strebens finden wir aber auch noch auf einer anderen Seite. Rechtsanwält und Vorsitzender des AG Dresden — Dr. Oppermann — hat eine Broschüre „Arbeitsrechtliche Beiträge, Studien zum Arbeitsgerichtsgesetz“ herausgegeben. Diese widmet er den Herren Abel, Aufrecht, Baum, Behn, Heß und Singheimer. Er setzt sich vornehmlich mit Koppel und mit dem Verfahren auseinander,

die Rechte der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen. Er schreibt:

„Die Anwendung des Gesetzes muß gerichtet sein, wie das Gesetz selbst, an der Idee der Gerechtigkeit und nicht an Verbandsinteressen. Wir wollen das Recht nicht hinabgleiten lassen in die Niederungen der Wirtschaftskämpfe und Klassenkämpfe; wir wollen die Wechsell und Händler hinaustreiben aus dem Tempel der Justiz.“

Warum hat Oppermann, der gerechte Richter, nicht offen gesagt, die von Gott gewollte Klassenvorherrschaft der Besitzenden müsse geschützt werden?

Diese Ausführungen beweisen, daß auch die vermeintlich modernen Arbeitsrechtler von ihrer bürgerlichen Ideologie nicht loskommen. Dr. Franz Neumann, der die verschiedensten freien Gewerkschaften beim RAG vertritt, sprach im Oktober 1930 auf dem Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes. Die „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 44/1930 berichtete darüber:

„Im übrigen nennt aber der Referent die Rechtsprechung des RAG ein Hineinrudern in das italienisch-faschistische System. Diese faschistischen Gedankengänge beim RAG könnten in Verbindung mit politischen Situationen, wie sie gegenwärtig drohen, den Gewerkschaften gefährlich werden. Diese Gefahr werde um so geringer sein, je stärker die Gewerkschaften sind.“

Das ist richtig. Die Rechtsprechung des RAG will die Gewerkschaften ihres Kampfscharakters entkleiden.

Sie sollen nur noch ein Organ sein, das in friedlicher Weise den Interessen des Kapitals und des Staates zu dienen hat. Auch die Betriebsrätefunktion soll als Werkzeug für diese Interessen benutzt werden.

Im Gegensatz zu dieser Einstellung fordert aber das RAG die Herrschaftsgewalt und die disziplinarischen Befugnisse gegenüber der Arbeiterschaft. Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen, fördert, um mit Neumann zu sprechen, das RAG die faschistischen Ideen.

Neben ihren vielen Aufgaben haben die Gewerkschaften diese Vorgänge zu beachten, Stellung dazu zu nehmen und ferner für das neuzeitliche Arbeitsrecht zu kämpfen. Unsere Kollegen, die bei den Tarifschiedsstellen wirken, müssen darauf

achten, daß sie dieser Rechtsprechung nicht noch Vorspanndienste leisten.

Leider fehlt es an Raum, um die kritischen Auswirkungen aus meinen Gegenüberstellungen klarzulegen. Um wenigstens eine kurze Zusammenfassung zu geben, zitiere ich einige Sätze aus einer vor kurzem erschienenen Broschüre von Amtsgerichtsrat Otto Kahn-Freund über „Das soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts“. Auf Seite 65 schreibt er:

„Man mache sich klar, welche Machtvolle heute im Reichsarbeitsgericht vereinigt ist. Es im Beginn seines Bestehens, d. h. also seit etwa drei Jahren, hat das Reichsarbeitsgericht unter Heranziehung der bereits vorangegangenen Rechtsprechung des Reichsgerichts das Arbeitsrecht innerlich von Grund auf umgestaltet. Heute ist das Arbeitsrecht etwas völlig Verschiedenes von dem, was es noch kurz nach dem Kriege gewesen ist; ja, es hat sich auch in seiner Gestalt seit der Stabilisierung vollkommen gewandelt. War es einstmals ein Hilfsmittel der unterdrückten Klasse zu ihrem Aufstiege, so ist es heute in der Hand des Reichsarbeitsgerichts ein Mittel des Staates zur Niederhaltung von Klassegegensätzen und zum Schutze des Individuums geworden.“

Dem Eigentumsrecht, der Direktionsgewalt der Unternehmer erheben überall Helfer und Wähler der heiligsten Güter. Der Kampf ist deshalb sehr schwer. Jedenfalls müssen wir unser Geschick selbst gestalten und dürfen uns auf andere nicht verlassen. Weil wir für ein zeitgemäßes Recht eintreten, sind wir „Wechsell und Händler“. Auch wir kommen einmal an die Reihe, den Tempel der Justiz zu reinigen. Um unserem Ziele näher zu kommen, brauchen wir die Unterstützung aller aufgeklärten Arbeiter. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß das Rechtsbewußtsein und die Rechtskenntnis in den Köpfen der Arbeiter geweckt werden. Wenn das auch keine leichte Aufgabe ist, so ist es aber eine lohnende, denn das Rechtsempfinden stärkt das Klassenbewußtsein und schafft überzeugte und zielklare Kämpfer. Die Aufklärungsarbeit in dieser Richtung muß vertieft und vor allen Dingen in den Vordergrund gestellt werden. Es ist dies hohe Kulturarbeit. Sie bringt die Befreiung der Arbeitenden; sie schafft die Grundlage für menschliche Freiheit und für wahres Menschenrecht! (Schluß.)

## Die Tagung des 14. Gewerkschafts-Kongresses in Frankfurt a. M.

Am 31. August, vormittags 9 Uhr, eröffnete Leipzig im festlich geschmückten Saal des Palmenhauses den 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. (4. Bundestag des ADGB.) Anwesend sind 306 Delegierte. Nach Begrüßung der Gäste und Behörden und nach einem historischen Rückblick Leipzigs auf den im Jahre 1899 in Frankfurt tagenden Kongress erstattete Leipzig zum 2. Punkt der Tagesordnung den Bericht des Bundesvorstandes. Aus seinen inhaltsreichen Ausführungen sei das folgende hervorgehoben: Vor drei Jahren waren noch 87 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder vollbeschäftigt. Für elf Millionen Arbeiter konnten noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden. Trotz der dann folgenden Verschlechterung der Konjunktur war es noch möglich, die Tariflöhne um etwa 13 Prozent zu verbessern. 1930 nahmen etwa eine Million Arbeiter an Lohnbewegungen teil, aber drei Millionen mußten bereits Verschlechterungen abwehren! Von den Arbeitgebern wird versucht,

die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die verzweifelte wirtschaftliche Lage Deutschlands verantwortlich zu machen. Tatsächlich ergibt sich unter

Verücksichtigung des gesunkenen Geldwertes für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Wirtschaft ein Betrag von etwa 4,6 Milliarden Mark, was eine Steigerung um etwa 16 Prozent bedeutet. War eine solche Steigerung übermäßig und wirtschaftlich untragbar?

Das Ergebnis des Wiederaufbaues der Industrie nach der Stabilisierung ist aber, daß die Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Prozent gesteigert wurde, während die Steigerung der Reallohn sich auf etwa 16 Prozent beschränkte. Die meisten Löhne standen noch unter dem Niveau der Vorkriegszeit! Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört worden ist, so nicht deswegen, weil die Gewerkschaften die Löhne in unverantwortlicher Weise herausgedraubt haben, sondern weil die Arbeitgeber sich der wirtschaftlich notwendigen Steigerung kurzfristig widersetzen, so daß die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit blieb.

Die Reichsregierung entschloß sich, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung nunmehr in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm und ihren starken Einfluß auf die staatlichen Schlichtungsorgane gegen die Gewerkschaften einsetzte. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen.

Dem Frankfurter Kongress mußten wir ein Sammelwerk vorlegen, das sich mit den Nöten des Augenblicks beschäftigt: das Buch über die „40-Stunden-Woche“. Ich will hoffen, daß dieses Buch, das aus der Not der Zeit geboren ist, in der Öffentlichkeit die gleiche ehrende Aufmerksamkeit finden wird wie unsere damaligen Gedanken zur Wirtschaftsdemokratie. In jedem Falle muß es unsere Aufgabe sein, den wirtschaftsdemokratischen Gedanken auch weiterhin mit Ernst und Nachdruck zu verteidigen.

Aber die wirtschaftliche wie die politische Entwicklung war und ist den Gewerkschaften nicht günstig. Wir haben mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, daß die Krisenfürsorge und die gemeindliche Unterstützung der Wohlfahrtsverbänden zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung zusammengeführt werden. Auf

anteilhafter Belastung von Reich, Ländern und Gemeinden soll diese alle erwerbslosen Arbeitnehmer betreuen, die keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung haben.

Unbefriedigend in höchstem Grade ist die Arbeitsbeschaffung.

Seit einem Jahr haben sich zahlreiche Befürworter aus den verschiedenen Bevölkerungskreisen mit guten Gründen für unsere Forderung einer allgemeinen gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit eingesetzt. Um so mehr müssen wir beklagen, daß die Reichsregierung, trotz der Ermächtigung durch die Verordnung, einen wirklich ersten Schritt zu ihrer Verwirklichung bisher nicht getan hat. Wir wissen zwar, daß wir mit dieser Forderung von den noch voll beschäftigten Arbeitskollegen ein gerade in dieser Zeit nicht leicht zu tragendes solidarisches Opfer verlangen, und wir wissen ferner auch, daß selbst die strenge Durchführung der 40-Stunden-Woche nur einem Teil der Arbeitslosen neue Beschäftigungsmöglichkeit wiedergeben wird. Trotzdem aber wird der Kongress mit Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß er in der Verkürzung der Arbeitszeit das sofort wirksame Mittel erblickt, die jetzige Zahl der Arbeitslosen zu verringern und weitere neue Entlassungen zu verhüten.

Die Wirtschaftskrise trifft die jüngeren Arbeiter besonders schwer, weil es vielen von ihnen durch den Arbeitsmangel unmöglich gemacht wird, in einem Berufe wirklich Fuß zu fassen.

Der von dem Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ferien für die Jugendlichen ist bisher nicht entprochen worden. Nicht minder bedauernd ist für die deutsche Sozialpolitik, daß 3 v. H. noch immer die Nachtarbeit Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren uneingeschränkt zulässig ist.

In bezug auf die besondere Lage der Arbeiterinnen erscheint es mir erforderlich, über die vielumstrittene Erwerbsarbeit der verheirateten Frau auch hier ein Wort zu sagen. Als Doppelverdiener werden nun vielfach grundsätzlich die verheirateten Frauen angesehen. Häufig ist daraus sogar ein Kampf gegen die Frauenarbeit im allgemeinen entstanden. Wir haben uns dieser Auffassung bisher stets entgegen gestellt und müssen sie auch weiterhin bekämpfen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir natürlich auch weiterhin verlangen, daß keine Doppelverdiener beschäftigt werden, daß also bei Entlassungen und Neueinstellungen hierauf Rücksicht genommen wird.

Die Hausangestellten weiblichen und männlichen Geschlechts, die früher den Gesindeordnungen unterstanden, entbehren noch immer des gesetzlichen Schutzes. Wir fordern seit vielen Jahren ihre Unterstellung unter den allgemeinen Arbeiterschutz, und wir erheben diese Forderung auch heute wieder.

Die große Reformbedürftigkeit des bestehenden Hausarbeitsgesetzes hat uns veranlaßt, in Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden einen Gesetzentwurf anzuarbeiten, der besonders die Lohnregelung für die Heimarbeiter auf eine andere Grundlage stellt, nämlich die jetzt fakultative Einrichtung zur Festsetzung gesetzlicher Mindestlöhne zu einer obligatorischen machen und die heute den Fachanschlüssen zustehenden Befugnisse zur Lohnregelung den amtlichen Schlichtungsstellen übertragen soll. Unsere Vorschläge sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben.

Einen wichtigen Erfolg unserer auf anstrengenden Mätkerlich und gerichteten Bestrebungen stellt das im Jahre 1929 erlassene Gesetz über die Wochenlöhne dar.



Im Laufe der Geschäftsperiode ist es, unterstützt durch unsere parlamentarischen Vertreter, wiederum gelungen, die Gewerbeaufsicht in den einzelnen Ländern auszubauen. Auch unserer Förderung nach Ausbau der ärztlichen Gewerbeaufsicht ist in gewissem Umfange entsprochen worden.

Gegen die Verschlechterung der Unfallversicherung hat der Bundesvorstand zusammen mit den christlichen und kirchlichen Gewerkschaften in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister Stellung genommen.

Auf dem Gebiete des Bauarbeiter-Schutzes sind die Beratungen über die Vereinheitlichung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen weitergeführt worden.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung mußte in der Berichtszeit eine verstärkte Aktivität eingesetzt werden.

Wir hatten eine organisatorische Reform zur Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich.

Hierbei muß dann aber nicht nur in der Invalidenversicherung, sondern auch in der Unfallversicherung die in der Reichsverfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung der Versicherer gewahrt werden.

Es kann nur ein Ausbau, nicht aber ein Abbau in Frage kommen.

Es ist eine selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die Berufskranken, die durch das Arbeitsrisiko erwerbsunfähig geworden sind, den Schutz der Unfallversicherung genießen.

Innerhalb der Organisation unseres Bundes hat die Konzentration der Kräfte im Sinne der Beschlüsse Kongreßbeschlüsse weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist durch Zusammenfassung berufslich verwandter Verbände von 35, die auf dem Kongreß in Hamburg noch vertreten waren, auf 31 Verbände Ende 1930 gesunken.

Die Bezirksorganisation des Bundes hat sich in den letzten Jahren sehr vorteilhaft eingearbeitet und viel dazu beigetragen, daß trotz der schwierigen Wirtschaftslage der Bestand unserer Bewegung nur wenig erschüttert werden konnte. Das gilt auch gegenüber den Zersplitterungsbestrebungen der Kommunistischen Partei.

Das Erperiment der Moskauer Gewerkschafts-Internationale, eigene Organisationen anzuziehen und die kommunistischen Anhänger in der RSD, zu sammeln, darf als völlig fehlgeschlagen bezeichnet werden.

Aus unserer Bildungsarbeit in der letzten Berichtszeit ist als wichtigstes Ereignis die Inbetriebnahme der Bundeschule in Bernau zu erwähnen.

In Verbindung mit der Lage des Arbeitsmarktes ist bekanntlich auch die Verlängerung der Pflichtschulzeit erneut diskutiert worden. Wir haben den Vorschlag, die lediglich eine zeitlich beschränkte Notmaßnahme herbeiführen wollten, unsere Zustimmung verweigert. Wir haben sehr eingehend den Inhalt und die Zielsetzung des zukünftigen neunten Schuljahres geprüft und unsere Ansicht darüber der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Ich möchte nicht schließen, ohne wenigstens einen kurzen Blick noch auf die internationale Lage zu werfen. Ich meine die Lage des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland. Wir, die wir stets und grundlegend für die friedliche Zusammenarbeit der Völker eingetreten sind, ohne von dem Ansehen und der Würde der eigenen Nation das geringste preiszugeben, haben ein Recht zur Freude darüber, daß sich nach glücklich überstandener Gefahr völliger Isolierung Deutschlands jetzt ein freundlicheres Verhältnis zwischen den Regierungen anzubahnen scheint; das ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Befreiung der Welt. Wir Gewerkschaften sind mit die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und in hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die katastrophale Lage nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, hat den Freijahresplan des Präsidenten der USA, entstehen lassen, dessen Durchführung aber nicht das Ende, sondern nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein kann. Denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland nach Ablauf des Freijahres die Reparationen in aller Höhe wieder aufnehmen kann. Wollte man Deutschland dazu zwingen, so wäre das der voranschreitenden Folgen wegen weder wirtschaftlich noch politisch zu verantworten. Darum müssen wir im Interesse der deutschen Arbeiterklasse eindringlich die Forderung erheben, daß während dieses Freijahres ein Weg gesucht und gefunden wird, um endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage beruhende Regelung der Reparationen herbeizuführen. Das ist notwendig nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der wirtschaftlichen Weltkrise. (Stürmischer Beifall)

Hierauf ergriff das Wort Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er sagte: Das Verhältnis Ihrer Bewegung zum Reichsarbeitsministerium war seit seinem Bestehen nicht immer ein sehr freundliches und herzliches. Als derzeitiger Arbeitsminister habe ich im letzten Jahre den deutschen Arbeitern allerlei zu tun zu müssen. Und trotzdem trete ich mit gutem Gewissen vor diesen Kongreß. Ich bin der festen Überzeugung, daß wenn einer der Ihrigen gegenwärtig an meiner Stelle säße, er im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage, insbesondere seit der letzten Reichstagswahl, eine wesentlich andere Politik als die von mir verfolgte auch nicht hätte machen können. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, als ob die Weltkrise und mit ihr das deutsche Arbeitslosenproblem in kurzer Zeit bewältigt werden könnten. Es ist eine Blasenphantasie, daß die Sozialpolitik nur gehalten und weiter entwickelt werden kann, wenn Staat und Wirtschaft im ganzen ausreißend gegesamt und fundamementiert sind. Und an der Befestigung und Festigung dieser Fundamente muß in den nächsten Monaten nachdrücklich gearbeitet werden. Sie stehen meines Erachtens auch als Arbeiterbewegung in der nächsten Zeit vor drei großen Fragen, die Ihre künftigen Betätigungsmöglichkeiten entscheidend bestimmen, und zwar:

- 1. Was muß seitens der Welt und was kann seitens Deutschlands geschehen zur raschen Befriedung Europas?
- 2. Wie stellen wir die Wehrbestandteile des demokratischen Staates über die gegenwärtige große Krise hinüber?
- 3. Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter?

Die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate besteht darin, wie bei knapper Geld- und Devisenlage die Wirtschaft wieder herzustellen und ihr ein wenig auch nur langsame Aufschwung geben zu können. Ich bin der festen Überzeugung — und das wollen Sie E. die Gewerkschaften oder Reichstagen überstimmen —, daß das, was in den letzten Jahren von der deutschen Wirtschaft an den verschiedensten Gebieten gesordert worden ist, von ihr gar nicht geleistet werden konnte. Gegenwärtig stehen in der deutschen privaten und öffentlichen Wirtschaft rund 90 Milliarden Mark lang- und kurzfristige Kredite, die in den letzten Jahren etwa drei bis vier Prozent höher verzinzt werden mußten als in anderen mit Deutschland vergleichbaren Ländern. Ein Prozent Zinsen von 90 Milliarden Mark Krediten sind 90 Millionen Mark, d. h. die deutsche Wirtschaft hätte in den letzten Jahren etwa zwei Milliarden Mark Reparationen nach an drei Milliarden Mark überhöhter Zinsen anzubringen. Dieser Betrag stellt mehr als zehn Prozent der Löhne aus Gehältern dar, die gegenwärtig in der deutschen Privatwirtschaft gezahlt werden. Dazu kommt ein ungeheurer angeblühter Vermögensapparat in Staat und Wirtschaft. Der Zuschußbedarf zur allgemeinen Verwaltung und zur Finanzverwaltung im Reich, Ländern und Gemeinden betrug 1928/29 541 Millionen Mark, 1929/30 1473 Millionen Mark. Ich bitte eine große Zahl von Vertretern, deren Gehaltskonten für die Angehörigen sehr viel höher ist als das Lohnkonto ihrer, die in der Produktion tätig sind.

In Notzeiten, wie sie die Gegenwart und die nächste Zukunft darstellen, sind Gehälter von 300 000 Mark und mehr ein großes Volksvergnügen und zeugen von einer unverantwortlichen Einstellung.

Auch in dem Verteilungsapparat der Privatwirtschaft herrscht noch auf vielen Gebieten ein großes Chaos. Ich habe der Nationallohnfrage nur eine große Bedeutung beigegeben. Wenn sich die breiten Schichten mit 35 Mark Wochenlohn mehr kaufen können als mit 45 Mark, dann ist mir der erstere Zustand lieber.

Die Auffassung, die in dem einseitigen Sturm auf die Löhne und Gehälter das Allheilmittel für die Befreiung der deutschen Wirtschaft sieht, lehne ich nachdrücklich ab.

Neben der Sozialversicherung ist noch immer das Schicksal der Arbeitslosen ein ungelöstes Problem.

Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheint mir aber ausgeschlossen.

Aber die zweckmäßigste Gestalt des Schlichtungswesens kann man reden. Heute kann ich nur sagen: Eine gesetzliche Änderung ist zur Zeit nicht beabsichtigt, und wenn sie im Rahmen eines Gesamtprogramms ins Auge gefaßt werden sollte, wird dies keinesfalls geschehen, ohne daß die Frage mit den Gewerkschaften nochmals gründlich durchgesprochen wird.

Sehr ungünstig steht es gegenwärtig um die gesetzliche Sozialversicherung. Ich rechne damit, daß sie im Jahre 1932 ohne die Arbeitslosenversicherung rund 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark weniger Einnahmen haben wird als im Jahre 1929. Nun betragen schon jetzt die Beiträge zur Sozialversicherung 18 Prozent des Grundlohnes. Dazu kommen noch für die nächsten einundzwanzig Jahre 2 Prozent Krisensteuer.

Ob mit den freiwilligen Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und mit der jetzt geltenden Krisensteuer trotz größter Sparanmaßlichkeit die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinübergebracht werden können, ist noch zweifelhaft.

Sie sind mit Recht stolz auf Ihre Organisationen, Ihre Jahreseinkommen und Leistungen. Es gibt kaum eine andere Organisation der Welt, die auf ein ähnliches Werk zurückblicken kann. Der deutsche Arbeitsminister aber soll für die gesamte Sozialversicherung etwa dreißigmal soviel Mittel beschaffen, wie die Jahreseinnahmen aller Ihrer Verbände ausmachen. Und dennoch:

Solange die gegenwärtige Regierung am Ruder ist, wird einmal für die Arbeitslosen das denkbar Mögliche geschehen und wird weiterhin bestimmt der Kern der deutschen Sozialversicherung erhalten werden.

Die 40-Stunden-Arbeitswoche bedeutet für eine Reihe von Gewerben, Industrien und Betrieben eine immerhin ins Gewicht fallende Erhöhung der Selbstkosten und damit eine Erhöhung der Preise. Andererseits gibt es sicher auch zahlreiche Fälle, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Beeinträchtigung oder doch ohne wesentliche Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit möglich ist. Hier muß sich endlich die notwendige Rücksichtnahme auf die Arbeitsmarktlage durchsetzen, und Sie dürfen überzeugt sein, daß alles geschehen wird, um die nötige Umstellung zu fördern und zu beschleunigen.

Und damit komme ich zu der Frage: Wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter? Auf eine vergrößerte Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Winter werden wir uns einstellen müssen. Ich rechne damit, daß wir in den nächsten sieben Monaten, vom 1. September 1931 bis 31. März 1932, in Reich und Gemeinden an zwei Milliarden Mark für die Arbeitslosen werden aufbringen müssen. Es wird bei solcher Sachlage vornehmlich zu prüfen sein:

- 1. Inwieweit Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können, wovon wir ich ja bereits gesprochen habe.
- 2. Inwieweit periodische Auswechslungen einzelner Beschäftigtenmitglieder mit Arbeitslosen möglich sind, um die Last der Arbeitslosigkeit gleichmäßiger zu verteilen, ohne daß dadurch allerdings die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährdet oder eine Vermehrung der Kosten der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt werden dürfte.
- 3. Inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist.
- 4. Ob in den größeren Städten Volkshäuser einzurichten sind.
- 5. Inwieweit eine Katastrophenpflanzung zur Einföhrung gelangen kann.

Gegenwärtig steht die Sache so, daß der letzte Verbraucher häufig doppelt so viel für Lebensmittel zahlt, als der Erzeuger erhält. Diese Praxis kann im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden.

Die Städte werden in Verbindung mit den Konsumvereinen und dem Einzelhandel Vorkehrungen treffen müssen, wonach für die Arbeitslosen die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu wesentlich verbilligten Preisen erhältlich sind.

Wir haben in diesem Jahre im allgemeinen eine gute Ernte hinter uns und volle Scheunen. In solcher Situation wäre es nicht zu verantworten, wenn unsere arbeitslosen Volksgenossen wegen der unzulänglichen Mobilisierung dieser Waren infolge der deutschen Gold- und Devisenlage und des daraus resultierenden geringen Zahlungsvolumens hungern müßten. Das deutsche Volk müßte sich schämen, wenn es sich nicht die Kraft zur Bewältigung des nächsten Winters zutraute und damit seine ganze Zukunft auf Spiel setzte.

Es ist selbstverständlich, daß Ihre Tagung aussprechen und beschließen muß, was die hinter Ihnen stehenden Massen bewegt. Daneben möchte ich namens der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, deren hier anwesende Vertreter mich darum gebeten haben, auch Ihre Ort und Wohnung zu überbringen, den Wunsch aussprechen, daß der Verlauf Ihrer Tagung sich auch günstig für das Gesamtwohl von Volk und Vaterland auswirken möge. In diesem Sinne Glück auf Ihre Arbeit!

Ch. Leipart dankte dem Minister für seine Rede: Meine Nachbarn sagten hier, der alte Gewerkschaftskämpfer der christlichen Organisationen habe eine geschickte und mutige Rede gehalten. Daß die Gewerkschaften mehr verlangen müssen, als die Regierung bewilligen kann, ist vielleicht richtig. Die Regierung muß aber auch beachten, welcher Unterschied zwischen unseren Vorschlägen und denen der übrigen Volksseite besteht. Sehr verehrt Herr Minister!

Ich hätte erwartet, daß Sie uns eine freundliche Überraschung bringen würden in bezug auf die Durchführung der 40-Stunden-Woche!

Ich glaube, daß Sie wenigstens für einen Industriezweig die Durchführung verschern könnten. (Widerpruch Stegerwalds.) Dann war aber doch meine Hoffnung nicht ganz unbegründet? Es gibt ein Sprichwort, daß der Mutige auch zurückweichen können muß. Wir aber wünschen einen Arbeitsminister, der nicht zurückweicht, sondern stetig vorwärtsschreitet. Wir danken dem Minister aber, daß er verspricht, den

Wohntum der Opfergemeinschaft endlich zur Tat werden zu lassen. Wir sind bereit, den Minister auf diesem Wege zu unterstützen. Wir bitten Sie, stark zu bleiben und uns nicht in Etüde zu lassen.

In der nun einsetzenden Debatte wird scharfe Kritik gegen die Reichsarbeitsministeria sowohl bezüglich der Sprachsprache der Arbeitsberichte wie auch an dem zandernden Verhalten zur gesetzlichen 40-Stunden-Woche. Nach einem Schlußwort Leiparts erfolgte die einstimmige Annahme der folgenden

**Entschließung:** Die Politik der Reichsregierung vertritt in steigendem Maße die Forderung, daß Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschärfung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft

zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongreß mit so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Rente führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, seelischen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Der Kongreß weiß entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entschuldig der Arbeiter auszunutzen. Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Verankerung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperlichkeiten, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Befestigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschwerden, deren sich insbesondere die Arbeiterordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Ferner wird die Entschließung angenommen. Sie lautet: „Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.“

Der Kongreß beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

Darauf wird dem Bundesvorstand Entlastung und Vertrauen gegen eine Stimme ausgesprochen.

Dann nimmt Professor Lederer das Wort zu seinem Referat über „Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“. Er fährt ungefähr aus:

Zwischen den früheren und heutigen Krisen sind nur Unterschiede in den Ausmaßen.

Aber heute äußert sich die Krise nicht nur als Folgeerscheinung ökonomischer Gesetze, sondern in einer Umbildung der Produktionsverhältnisse und in anderen Wirkungen.

Die ineinandergehenden Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten in der Weltwirtschaft schufen früher Ausgleichstendenzen. Das ist heute nicht mehr in den früheren Ausmaßen festzustellen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche zwingt zur Frage: Wird dann noch das notwendige Sozialprodukt hergestellt sein und Profit geschaffen? Die Gestaltung der Freizeit, die verlängert wird, und überhaupt die Frage der Wirkung auf den Arbeiter sind zu prüfen.

In allen Sphären der Produktion sind technische Fortschritte und Veränderungen erreicht, die sich im Rahmen der Weltwirtschaft auswirken müssen. Wir stehen einer neuen technischen Welt gegenüber.

Auch an der Rohstoffbasis sind die Veränderungen spürbar. Technische Fortschritte, beschleunigte Rationalisierung haben empfindliche Störungen in der Wirtschaft hervorgerufen. In einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben das Planvolle. Man überträgt und überträgt die Kräfte an den Börsen in die Höhe. Da die Effekte aber die Grundlage der Kredite sind, müssen bei der engen Verflechtung mit der Produktion Krisen hervorgerufen werden. Es ist nicht so, daß die Börse die festen Werte in der Wirtschaft nicht beeinflusst.

Man gibt durch die Hergabe neuen Anlagekapitals den Konzernnen und Trusten Gelegenheit zu Fehlinvestitionen, die krisenfördernd wirken, und würdigt zu wenig die mittleren und kleineren, aber wichtigen Betriebe. Es tritt

eine Überföhrung an Kapital in den Großbetrieben ein, mit allen Konsequenzen, die wir im Vergangenen erleben.

Wir beachten zu wenig die Frage der Zölle, die unsere Exportindustrie erschweren. Hinter den Zollmauern läßt sich eine systematische Einschränkung der Produktion feststellen, weil die Ausfuhr nicht im richtigen Maßstab gefördert wird. Früher rechnete man damit, daß politische Ereignisse die Wirtschaft niemals gefährden können und daß sich die Wirtschaft von selbst aus Krisenzuständen erhole.

Die politische Nervosität der Jetztzeit ist eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Ein Zeichen, wie heilbrig heute die Wirtschaft auf politische Stimmungen reagiert,

zeigen die Ereignisse der letzten Zeit. Das Hinemischen der politischen Ströme in die Wirtschaft zeigt sich beispielsweise darin, daß Unruhe und Arbeitslosigkeit die Kreditfähigkeit eines Staates verringern. Die Lasten eines unruhigen inneren Marktes zeigen gleiche Ergebnisse. Man bekommt Ängsten gegenüber solchen Wirtschaftskörpern und veranlaßt langfristige Kredite in kurzfristige. Es ist nicht möglich, bei der internationalen Finanzverflechtung eine autarke Wirtschaft zu schaffen, die unabhängig leben kann von anderen Ländern. Arme Länder würden noch mehr leiden.

Die wirtschaftliche Wiederherstellung kann nur durch Förderung der Produktion und der Handelsbeziehungen erreicht werden.

Wir leiden an einer Überkapazität, die die industriellen warnt, neues Kapital zu investieren, die damit den Abstrom des Geldes aus den Händen der Sparet in die Produktion hindert. Kapital darf heute nur in ausföhrreichen Industrien investiert werden,

die Überkapazität muß zunächst ausgefüllt werden, und es ist eine Kontrolle der Kredite dringende Notwendigkeit. Man sagt, solange keine politische Ruhe herrscht, können keine Kredite gegeben werden; man kann aber auch umgekehrt sagen,

daß nicht gegebene Kredite erst Unruhe schaffen.

Es ist nicht zu sagen, es nach Auffüllung des Kapazitätspielraums und bei neuer Kapitalbildung, bei einer Überwindung der Krise, alle Arbeitslosen wieder im Wirtschaftsprozess Anteil haben.

Es wäre aber widersinnig, durch Lohnabbau Arbeitslose in die Produktion einzubringen.

Für unsere Problemstellung ergibt sich, daß wir so lange mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit

durch technische Fortschritte rechnen müssen, solange keine neuen Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind. Es muß ein Zustand erreicht werden, der das Arbeitsvolumen auf die breiten Massen des Volkes verteilen läßt.

Arbeitszeitverkürzung ist zu empfehlen, weil dadurch das Sozialprodukt nicht verringert wird und zahlreiche Industriezweige durch die Intensivierung die Arbeitszeitverkürzung bringend machen.

800 000 Arbeitslose könnten damit wieder eingereiht werden. Der Anteil der Arbeitslosen an der strukturellen Arbeitszeit beträgt ungefähr eine Million Menschen. Er könnte durch verkürzte Arbeitszeit beseitigt werden.

Schlüssig ist endlich die Frage des Lohnverhältnisses, aber sie muß zurückgehen, wenn man Hunderttausenden wieder Arbeit geben kann. Es ist ein schönes Zeugnis der Volk-



berücksichtigt der Arbeiterklasse, daß sie eintritt für Beschränkung des Arbeitsvolumens.

Entschliessung

Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Wucht und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Krisenmomente veranlaßt.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuss des ADGB, in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses

erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, bis Ende der gesetzlichen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Es wird dann ferner beschlossen, eine Entschliessung des Vorstandes des ADGB dem Bundesvorstand zur Entscheidung zu überweisen. In dieser Resolution wird gegen die Ausweitung des Doppelverdienstes und Schwarzarbeiterentlohnens protestiert und die Durchführung des vom Reichstag am 17. März d. J. angenommenen Antrages der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dringend empfohlen.

(Fortsetzung folgt)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1930.

Die Nr. 33 der „Gewerkschaftszeitung“ vom 15. August 1931 brachte den Bericht des ADGB über das vergangene Jahr, dem wir das folgende entnehmen:

Mitgliederbewegung.

Die das ganze Berichtsjahr hindurch anhaltende Arbeitslosigkeit hat sich auf die Mitgliederbewegung der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ungünstig ausgewirkt.

Unter Berücksichtigung der unentwegten Angriffe von rechts und links auf die Gewerkschaften kam im Berichtsjahr kaum eine Abbräckerung, geschweige eine Erschütterung der Gewerkschaftsfront festzustellen.

Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände ist gegenüber dem Vorjahre infolge Verschmelzung mehrerer Verbände und Auscheidens der Filmgewerkschaft von 35 auf 31 zurückgegangen.

Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug Ende 1930 mit 19 572 Zweigvereinen 4 717 569 gegen 4 948 209 Ende 1929. Der Rückgang beträgt 233 068, d. h. 4,7 Prozent.

Nachstehende Tabelle zeigt die Mitgliederbewegung in den einzelnen Verbänden im Berichtsjahr und den Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt.

Table with columns: Verbände, Es hatten Mitglieder am Ende des Jahres 1929, 1930, im Jahresdurchschnitt 1930. Rows include various trade unions like Bauernbündnis, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, etc.

arbeitern 2,5, Tabakarbeitern 2,3, Maschinenisten 1,8, Sutarbeitern 1,1 und bei den Hilfsarbeitern 0,2 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt ist der Mitgliederzustieg mit 84 906 außerordentlich gering. Bei allen Verbänden, die im Jahre 1929 noch keinen Mitgliederverlust, sondern einen Gewinn hatten, sind die Jahresdurchschnittszahlen bedeutend höher als die Jahresendzahlen.

Einnahmen und Ausgaben.

Die fürchtbare Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern hat die Einnahmen im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 19,7 Millionen Mark vermindert. Dagegen sind die Ausgaben um 31,3 Millionen Mark gestiegen.

Table with columns: 1929, 1930. Rows: Eintrittsgelder, Verbandsbeiträge, Ortsliche Beiträge, Ertragsbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen.

Der Rückgang ist bei den Verbandsbeiträgen infolge der großen Zahl von ausgefallenen, immer noch arbeitslosen und daher beitragsfreien Gewerkschaftsmitgliedern am stärksten.

Die Ausgaben aus Verbandsbeiträgen betragen je Mitglied 43,98 Mk. gegenüber 47,36 Mk. im Jahre 1929. Der Rückgang beträgt 3,38 Mk. Die Gesamteinnahmen betragen je Mitglied 48,04 Mk. und damit 3,20 Mk. weniger als im Vorjahre (51,24).

Die Ausgaben betragen für: Unterhaltungen, Arbeitskämpfe, Presse und Bildungsziele, Agitation und Organisation, Sonstiges, Verwaltung.

Die Ausgaben der Gewerkschaften unter dieser fürchtbaren Wirtschaftskrise zu leiden haben, wie wertvoll aber auch die Unterhaltungsleistungen für die Mitglieder sind, zeigen die obenstehenden Zahlen. Würden doch im Berichtsjahr allein für Unterhaltungen 51,2 Prozent der Gesamtausgaben aufgewandt.

Die Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Unterhaltungsarten wie folgt:

Table with columns: 1929, 1930. Rows: Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Sterbefällenunterstützung, Invalidenunterstützung, Notfallunterstützung, Reiseunterstützung, Umzugsunterstützung, Sonstige Unterstüfung, Rechtschutz an Mitglieder.

Von den 36,7 Millionen Mark, die 1930 mehr für Unterhaltungen verausgabt wurden, entfallen allein 32,5 Millionen Mark auf die Arbeitslosenunterstützung. Rechnet man die Mehrausgaben für Reise-, Notfall- und sonstige Unterstüfung im Betrage von 4,7 Millionen Mark, die zweifellos vorwiegend arbeitslose Mitglieder erhielten, hinzu, wurden 1930 für Arbeitslose 37,2 Millionen Mark mehr als 1929 verausgabt.

Die Ausgaben für Invalidenunterstützung sind seit 1929 um 3,7 auf 8,0 Millionen Mark angewachsen. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß Altersrentenempfänger, die noch in Arbeit standen, infolge Rationalisierung und Wirtschaftskrise abgebaut und gezwungen wurden, die Invalidenunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Der gewaltige Betrag von 123,5 Millionen Mark, den die freien Gewerkschaften 1930 für Unterhaltungen aufwandten, ist auf dem Wege über den Massenkonsum reflex der deutschen Wirtschaft zugeflossen.

Fakt noch schlimmer sieht es in der Ziegelindustrie aus. Die meisten Ziegler, die ihre Betriebe eröffneten, haben bereits nach zwei- bis dreimonatiger Laufzeit wieder stillgelegt.

In der chemischen Industrie, die äußerst schwach beschäftigt ist, mußte ebenfalls ein Lohnabbau um etwa 4 Prozent hingenommen werden.

Die Zuckerindustrie blieb ebenfalls nicht von einem Lohnabbau verschont, bis auf den Rattenburger Betrieb. Hier konnte der Arbeitgeberverband nicht nachweilen, daß er die Kündigung des Lohnabbaus ausgesprochen hatte.

Im allgemeinen betrug der Lohnabbau im ganzen Gausgebiet 6 bis 8 Prozent.

Trotzdem die ADO, sich die Not und das Massenelend der Mitglieder zühne machte, um ihre verätherische Zerplitterungsarbeit durchzuführen, ist es der unermüdblichen und aufopferungsvollen Tätigkeit der Funktionäre gelungen, die Mitgliederbewegung auszugleichen.

Die Struktur der einzelnen Jahrestellen brachte es mit sich, daß die einen mehr, die anderen weniger durch die Wirtschaftskrise gelitten haben. Infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit unsere Mitglieder werden naturgemäß auch die Finanzen in den Jahrestellen und darüber hinaus im Gau stark „einflutet“.

In seinem groß angelegten Referat stellte Kollege Parfisch eingehende Betrachtungen über die Finanzkrise Deutschlands, ihre Auswirkungen in Europa und der ganzen Welt an.

Die Struktur der einzelnen Jahrestellen brachte es mit sich, daß die einen mehr, die anderen weniger durch die Wirtschaftskrise gelitten haben. Infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit unsere Mitglieder werden naturgemäß auch die Finanzen in den Jahrestellen und darüber hinaus im Gau stark „einflutet“.

Die Schlusssätze des Kollegen Parfisch klangen aus in dem Satz: „Staat ist Macht, und Macht ist Staat; streben wir zu der Macht, dann sind wir der Verwirklichung des Sozialismus näher gekommen.“

In den Verbandsbeiträgen wurde einstimmig Kollege Albert Dremis, Königsberg i. Pr., Vorderroßgarten 61/62, und als Stellvertreter Kollege August Meier, Eising, Spieringstraße 21, gewählt.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Der notverordnete freiwillige Arbeitsdienst.

Trotz des energischen Protestes der Arbeiterschaft und ihrer wirtschaftlichen und politischen Vertretungen, der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, ist der in der zweiten Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorgesehene freiwillige Arbeitsdienst nun doch Tatsache geworden.

In der heutigen Zeit, in der Millionen von Frauen und Männern monatelang, ja sogar jahrelang geradezu nach Arbeit lechzen, notverordnet die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst und glaubt, damit etwas zur Beseitigung der Wirtschaftskrise beizutragen.

Wenn von den Millionen wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeitnehmern nach der Ansicht der Reichsregierung ein bedeutender Teil auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes arbeiten soll und kann, dann wird damit doch der Nachweis erbracht, daß zwar noch Arbeitsgelegenheiten vorhanden sind, daß die in Frage kommende Arbeit aber nur dann verrichtet werden soll, wenn die Arbeitnehmer auf das Tarifrecht und den sonstigen arbeitsrechtlichen Schutz verzichten.

Die Notverordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst ist die gesamte Arbeitnehmererschaft geradezu als Hoßn empfunden worden.

Die Notverordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst ist die gesamte Arbeitnehmererschaft geradezu als Hoßn empfunden worden.

In den Ausführungsbestimmungen des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 29. Juli 1931 wird zwar bestimmt, daß durch die Errichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht Arbeiter aus ihren regulären Arbeitsstellen verdrängt werden sollen.

Die Verordnung überträgt hier den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter einen großen Einfluß, denn sie haben nach Artikel 8 der Verordnung im Benehmen mit einem aus dem Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts zu bildenden Ausschuss darüber zu entscheiden, ob eine Arbeit auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes verrichtet werden kann oder nicht.

Wer kommt als Träger des Arbeitsdienstes in Frage? Neben den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, gemeinnützigen Genossenschaften oder Verbänden, die die Arbeiten für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung ausführen, werden als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes auch noch Vereinigungen und Verbände genannt, die Gruppen von Arbeitswilligen zusammenstellen und für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen.

Nach Artikel 2 der Verordnung werden von dem freiwilligen Arbeitsdienst solche Vereinigungen und Verbände von vornherein ausgeschlossen, bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie den freiwilligen Arbeitsdienst zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen.

Sahlstellenleiter-Konferenz im Gau 5.

Am 9. August 1931 fand in Königsberg i. Pr. im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Gau 5 statt, an der außer 42 Delegierten auch Kollege Parfisch vom Hauptvorstand teilnahm.

Kollege Vogel führte in seinem Geschäftsbericht etwa folgendes aus: Seit der letzten Konferenz 1930 hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft unseres Gausgebietes weiter außerordentlich verschlechtert.

Carifverträge würden von ihnen gekündigt und ein Abbau der Löhne um 12 bis 16 Pf. je Stunde gefordert.

Infolge Stilllegung von Leitwerken wurden Tausende von Arbeitern beschäftigungslos. Auch in diesem Monat sollen noch weitere Stilllegungen in der Zelluloseindustrie erfolgen, so daß die Zukunft in dieser Industrie geradezu trostlos aussieht.



fechter des freiwilligen Arbeitsdienstes (von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nazis) werden nun solche Vereinigungen ins Leben rufen, in ihnen ihre Glaubensgenossen zusammenfassen und dem freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen. Der Geist, der dann in einer solchen Arbeitsgruppe gezeugt wird (hier sogar noch mit Mitteln der Allgemeinheit), kann alles andere als republikfreundlich sein. Auch hier muß die freilorganisierte Arbeiterschaft scharf aufpassen.

Welche Personen können sich am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen?  
Für die Teilnahme am freiwilligen Arbeitsdienst kommen in erster Linie die Empfänger von Arbeitslosen- und Krüsenunterstützung beiderlei Geschlechts und ohne Altersunterschied in Betracht.

Arbeitslose Jugendliche unter 21 Jahren, die nach § 87 Absatz 2 des VAWG, deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, weil sie auf einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch verwiesen werden können, oder solche, die das vorgeschriebene Alter für die Krüsenunterstützung noch nicht erreicht haben, können sich am freiwilligen Arbeitsdienst nur dann beteiligen, wenn der Reichsarbeitsminister hierfür besondere Reichsmittel zur Verfügung stellt. Auch Wohlfahrtsunterstützungsempfänger können vom freiwilligen Arbeitsdienst befreit werden, wenn die Bezirksfürsorgeverbände Mittel hierfür bereitstellen.

Welche Unterstützung erhalten die Arbeitsdienstwilligen?  
Die Arbeitsdienstwilligen erhalten während des freiwilligen Arbeitsdienstes die Unterstützung in der bisherigen Höhe und Dauer weiter (Artikel 4 der Verordnung). Das zuständige Arbeitsamt kann die Unterstützung jedoch auch in Pauschalbeträgen festsetzen. Allerdings nicht mehr als 2 Mk. auf den Kopf und Wochentag des Arbeitsdienstwilligen. In diesem Falle erhält also der einzelne der betreffenden Arbeitsgruppe täglich 2 Mk. Unterstützung, ganz gleich, ob er vor dem Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst eine höhere oder niedrigere Arbeitslosenunterstützung bezog. Zu beachten ist allerdings, daß in diesem Pauschalbetrag nicht nur die Hauptunterstützung, sondern auch die Familienzuschläge mit eingerechnet sind.

Die Dauer der Unterstützung kann das zuständige Arbeitsamt für die ganze Arbeitsdienstgruppe bis zur Höchstgrenze von zwanzig Wochen bewilligen. Geht dies, so wird die Unterstützung während der festgesetzten Dauer (20 Wochen) auch für diejenigen Arbeitsdienstwilligen weitergezahlt, deren Unterstützungsanspruch sonst schon in einem früheren Zeitpunkt erschöpft wäre.

Ein Arbeitsloser, der 3. B. zwölf Wochen nach Beginn seines Unterstützungsbezugs in den freiwilligen Arbeitsdienst übergeht, kann, wenn die Unterstützungsdauer der Arbeitsdienstgruppe, der er angehört, auf 20 Wochen festgesetzt ist, die versicherungsmäßige Unterstützung bzw. den Pauschalbetrag von 2 Mk. täglich noch 20 Wochen weiter erhalten. Er erhält die Unterstützung in diesem Falle 12 und 20 = 32 Wochen und somit also 6 Wochen über die Aussteuerung (26 Wochen) hinaus.

Auf derselbe Arbeitsdienstwillige nun aber auch noch die Voraussetzungen für die Krüsenunterstützung erfüllt, dann kann er für die in Frage kommenden 32 oder 45 Wochen (Ziffer 2 Erlaß vom 11. Oktober 1930 - Nr. 211, S. 221) den ihm zustehenden Krüsenunterstützungs- oder Pauschalbetrag von 2 Mk. täglich weiter beziehen. Verläßt dieser Krüsenunterstützungsberechtigte Arbeitsdienstwillige 3. B. nach 17 Krüsenunterstützungswochen einen freiwilligen Arbeitsdienst, um in eine andere Arbeit des freiwilligen Arbeitsdienstes überzugehen, dann kann ihm hier erneut die 20wöchige Einheitsdauer zugerechnet werden.

Handelt es sich nun um einen Arbeitsdienstwilligen, der sonst versicherungsmäßig einen Anspruch auf 32 Wochen Krüsenunterstützung hat, dann erhält er in diesem Falle 17 und 20 = 37 Wochen, also wiederum 5 Wochen über den Zeitpunkt seiner Aussteuerung aus der Krüsenunterstützung hinaus, die Krüsenunterstützung oder den Pauschalbetrag von 2 Mk. wochentäglich.

Es wird ausdrücklich betont, daß dem Arbeitsdienstwilligen beim ersten Beispiel die mehr erhaltenen sechs Wochen auf die Bezugsdauer der Krüsenunterstützung nicht angerechnet werden, so daß sich die gesamte Unterstützungsdauer (Alu und Krü) für den Arbeitsdienstwilligen der obigen Beispiele insgesamt um 11 Wochen erhöht.

Krüsenunterstützte, denen die Unterstützung auf Grund ihrer Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst gewährt worden ist, brauchen die Unterstützung auch nicht entsprechend § 101 a VAWG zurückzahlen, wenn sie wieder in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis stehen (Art. 7 VO).

Jugendlichen Arbeitsdienstwilligen dagegen, die wegen ihres Alters (unter 21 Jahren) noch keinen Anspruch auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung haben, die aber freiwilligen Arbeitsdienst verrichten und Unterstützung beziehen, weil der Reichsarbeitsminister für ihren Arbeitsdienst Reichsmittel zur Verfügung gestellt hat, wird die Dauer dieser Unterstützung auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützungsdauer angerechnet, wenn sie insolge Erreichung des Alters von 21 Jahren den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben.

Die Unterstützung im freiwilligen Arbeitsdienst kann auch statt an den Arbeitsdienstwilligen an den Träger des Arbeitsdienstes gezahlt werden. Dieser wiederum kann die Unterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen an den Arbeitsdienstwilligen weitergeben. Hier wird darauf zu achten sein, daß der Träger der Arbeit, der die Unterstützung in Sachleistungen an die Arbeitsdienstwilligen weitergibt, letztere nicht überfordert. Unterkunft und Verpflegung müssen also in einem gerechten Verhältnis zu dem dafür zurückbehaltenen Unterstützungsbetrag stehen.

Wie sieht es mit der Sozialversicherung und dem Arbeitschutz der Arbeitsdienstwilligen aus?

Wie anfangs schon bemerkt, schafft die Beschäftigung beim freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Die Arbeitsdienstwilligen sind jedoch während des freiwilligen Arbeitsdienstes gegen Krankheit und Unfall versichert. Es gilt auch der gesamte Arbeiterschutz (Regelung von Arbeitszeit und Sonn- und Feiertagen, Arbeitsbeschränkungen für Jugendliche und Frauen). Für Arbeitsdienstwillige, die bis zur Annahme des freiwilligen Arbeitsdienstes versicherungsmäßige Arbeitslosen- oder Krüsenunterstützung bezogen haben, werden auch die Anwartschaften zur Invaliden-, Unfall- und Invaliditätsversicherung sowie die Anwartschaften zur Altersversicherung aufrechterhalten.

Was folgt, wenn ein Arbeitsloser den freiwilligen Arbeitsdienst ablehnt?

Da es sich um einen freiwilligen Arbeitsdienst handelt, können dem den freiwilligen Arbeitsdienst ablehnenden Arbeitslosen gemäß Art. 6 der VO keine Rechtsnachteile entstehen. Er kann weder als arbeitsunfähig noch als durch eigenes Verschulden arbeitslos angesehen werden. Das gleiche gilt auch für diejenigen Arbeitsdienstwilligen, vorzeitig den freiwilligen Arbeitsdienst aufgeben.

Welche Chancen nehmen die freien Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst ein?

Schon aus der Tatsache, daß der freiwillige Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet, ergibt sich, daß die freien Gewerkschaften den freiwilligen Arbeitsdienst ablehnen. In der Gewerkschaftszeitung wird vom VAWG demzufolge auch zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften nur geringe Veranlassung haben, um das Schicksal der Arbeitsdienstwilligen befragen zu sein.

Die Arbeiterschaft wird um ihr Augenmerk auf die Handhabung dieser reaktionären Verordnung zu richten und dafür zu sorgen haben, daß nicht auch die weichen dem freien Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze dem Bräutigam des freiwilligen Arbeitsdienstes zum Opfer fallen.

Die Arbeitslosen wollen immer und wollen auch jetzt freiwillig arbeiten. Diese Arbeit wollen sie aber nicht als rechtlose Sklaven, sondern als freie gleichberechtigte Arbeiter und Staatsbürger leisten. Damit sich solche reaktionären Verordnungen nicht wiederholen, wird die gesamte Arbeiterschaft für die Zukunft ihre politische (CPD) sowohl wie auch die wirtschaftliche (freie Gewerkschaft) Organisation entsprechend stärken müssen.

John M. Hancock (Hannover)

# „Freundschaft“.

## Der Jugendfilm des Fabrikarbeiterverbandes.

In der vorigen Nummer des „Proletarier“ haben wir bereits über das Jugendtreffen in Detmold berichtet. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Uraufführung des Jugendfilms „Freundschaft“. Verantwortlich für den Film zeichnet Kollege Scheinhardt (Hannover), der die Filmaufnahmen gemacht und auch die Bildzusammenstellung besorgt hat. Er war Filmoperateur (der Mann mit der Kamera) und Filmregisseur in einer Person. Liebe, nein, Fanatismus zur Sache — ohne Übertreibung — trieb ihn zu dieser Arbeit.



„Freundschaft!“ Der Gruß der sozialistischen Jugend kennzeichnet den Geist und den Charakter dieses Films, in dem die Fabrikarbeiterjugend sich selbst spielt. Die Grundidee des Films ist die Darstellung des Lebens- und Arbeitschicksals der Fabrikarbeiterjugend, unter der unser Werbe- und Wiederkundwird: „Vereintigt euch mit uns!“ Der Film bringt nicht im Filmatelier gestellte Bilder, sondern die mit der Kamera eingefangene Wirklichkeit der Kindheit und der Lebens- und Arbeitsumwelt der proletarischen Jugend. Wir erleben in diesem Bildbericht: „woher sie kommt“, unsere Fabrikarbeiterjugend: Aus den dunklen Gassen, Hinterhöfen der Städte, aus der grauen Einsamkeit der Fabrikkolonien, aus den engen Hütten der Landproletarier und Kleinbauern. Wir lernen im Film aber nicht nur die Härte und Not kennen, die sie schon in früher Kindheit zur Arbeit, zum Verdienen zwingt, sondern auch die starke unergiebige Lebenskraft dieser Jugend, die Freude sucht und findet, wenn die Sonne auch nur ganz wenig Licht und Wärme in ihr kaltes Gefängnis der Armut hineinwirft. Wenn die Jugend der Schule, wenn auch noch nicht der Kindheit entwachsen ist und aufgeschluckt wird von den dunklen Fabrikatoren, dann tritt dort auch bald die Forderung der Solidarität an sie heran: „Kommt mit zur Fabrikarbeiterjugend!“ Sie folgt der Mahnung, und dort in der Versammlung der Fabrikarbeiterjugend begegnet ihr das Erlebnis der Gemeinschaft, das solidarische Eintreten des Verbandes für ihre Interessen als jugendliche Arbeiter und als jugendliche Menschen. Jetzt steht die werbende Kraft des Films ein. Er erhebt die gewerkschaftlichen Forderungen zum Jugendschutz an die Öffentlichkeit:

„Bessere Gestaltung der Arbeitslöhne für Jugendliche, die 40-Stunden-Woche mit dem arbeitsfreien Sonnabend, zusammen-

hängenden Urlaub von mindestens 3 Wochen unter Zahlung des Tariflohnes, Verlegung des Berufsschulunterrichts in die Arbeitszeit (denn übermüdete junge Menschen lernen schlecht).  
Filmbilder aus dem Arbeitsleben der Jugendlichen begründen die Notwendigkeit der Verbesserung des sozialpolitischen Jugendschutzes, soll der jugendliche Mensch nicht erdrückt werden unter der Last der Arbeit, die ihm die Gesellschaft aufbürdet.

Der Jugendfilm „Freundschaft“ wirkt für den Fabrikarbeiterverband, aber insbesondere für die Jugendgruppen des Verbandes. Dort wird der Jugendliche nicht nur als Gewerkschaftsmitglied, sondern auch als jugendlicher Mensch erfasst. Von diesem Jugendgruppenleben nach Feierabend und in der arbeitsfreien Zeit berichten Filmbilder, in denen die Fabrikarbeiterjugend selbst redet, diskutiert, turnt, tanzt, schwimmt, wandert und beim fröhlichen Spiel fröhlich und übermütig ist. Die Bilder von den Jugendtreffen des Fabrikarbeiter-Verbandes lassen erkennen, daß die Jugend das gewerkschaftliche Treuegelbnis wohl halten wird. Das wird sie auch tun, wenn sie ihre älteren Verbandsgenossen, deren aufopferungsvolle, mühevollen Arbeit den Verband aufgebaut hat, das Versprechen gibt: „Wir wollen weiterbauen, was ihr begonnen!“



Der Film wurde mit großem Beifall aufgenommen. Vertreter des Vorstandes sprachen dem Kollegen Scheinhardt und seinen Mitarbeitern, insbesondere auch der im Film mitwirkenden Jugend, den Dank des Vorstandes für das gelungene Werk aus. In der Detmolder „Volkszeitung“ schrieb Felix Fechenbach in seiner Kritik des Films: „... Nichts Ermüdendes, nichts Langweiliges in diesem Film, der selbst in seinen Alltagsbildern noch Blick für das Schöne verrät... Der Jugendfilm „Freundschaft“, der bei seiner Uraufführung in Detmold mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, ist eine vorbildliche Arbeit und wird den übrigen Verbänden manchen Fingerzeig dafür geben, wie der Film wirksam in den Dienst der Gewerkschaften gestellt werden kann.“

Wir sind überzeugt, daß dieser mit sehr sparsamen Mitteln hergestellte Jugendfilm die Werbearbeit unter den jugendlichen KOLLEKTIVEN und Kollegen erfolgreich unterstützen wird. G. R.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Ludwigshafen a. Rh. Am 28. August starb wiederum einer unserer alten Pioniere, Kollege Johannes Steinel, im Alter von 62 Jahren. Kollege Steinel ist am 28. Januar 1906 Mitglied unserer Organisation geworden und blieb es bis zu seinem Tode. Die Mitglieder erkannten ihn sehr bald als einen tüchtigen Vertreter ihrer Interessen und übertrugen ihm verschiedene Vertrauensposten. Schon lange vor, während und nach dem Kriege war er nicht nur Vertrauensmann seiner Organisation, sondern auch Ortsverwaltungsmittglied, Versicherungsvertreter am Oberversicherungsamt, Mitglied des Arbeiterausschusses bei der J.-G. Farbenindustrie (Anilin) und Vertreter im Ortsausschuß des VAWG. Er war auch nicht nur für seine Gewerkschaft mit Erfolg tätig, sondern auch für die Sozialdemokratische Partei sowie für die Konsumgenossenschaft. Während des Krieges wurden hohe Anforderungen an ihn gestellt; sein Wissen und seine praktischen Erfahrungen ermöglichten ihm aber, erfolgreich für die Arbeiterschaft wirken zu können. Vieles ist seiner Mitarbeit und seiner Energie zu verdanken.

Im Jahre 1919 übernahm Kollege Steinel als Angehöriger den Posten des 1. Bevollmächtigten und leitete die Zahlstelle Ludwigshafen mit Geschick und Erfolg bis zur Abberufung in die Ganleistung.

In den letzten Jahren mußte er, seines Gesundheitszustandes wegen, die Tätigkeit für die Arbeiterbewegung einstellen. Eine schwere, heimtückische Krankheit setzte nun seinem Leben ein Ende. Er ruht nun aus; ein Leben reich an Nähe, reich auch an Erfolgen, ist abgeschlossen. Uns, seinen Mitarbeitern und Kollegen, die sein Werk fortführen, wird er immer ein Vorbild bleiben, dem nachzustreben für uns ein ehrenvolles Ziel ist.

Levertaken. Am 25. und 26. August fanden in der J.G. Farbenindustrie, AG., Werk Levertaken, die Betriebsratswahlen statt, nachdem die Wahlen vom März 1931 für ungültig erklärt worden waren. Der Wahlkampf war äußerst lebhaft. Die KGO hatte mit dem Farbensammel und mit Flugblättern, mit Transparenten und Sprechbänken, mit Demonstrationen und Pölkongerten die Massen anzuregen versucht. Mit einer Kleinfahrzeugkette und mit Transparenten zogen die Kommunisten durch die Straßen, auf dem Marktplatz Massenversammlung, in den Straßen kostümierte Sprechchöre und vor jedem Fabrikator große Transparente und Sprechchöre, die zur Wahl der KGO-Liste aufforderten. Daneben fanden an jedem Tag Sprechgruppen von Arbeitslosen, die mit Fahrrädern und Motorrädern herbeigekommen waren und unseren Flugblattverteiler in mehreren Fällen die Flugblätter räumten. Die Nazis arbeiteten mit Flugblättern und veranfaßten zwei Massenversammlungen; in einer sprach Reichstagsabgeordneter Len. Von uns gab zwei Flugblätter und Handzettel in Kopien von je 4000

bis 6000 Stück verbreitet worden. Außerdem gingen 2000 Briefe mit Umschreiben und Flugblättern hinaus. In einer starkbesuchten Betriebsversammlung wurde zu den Wahlen Stellung genommen.

Das Resultat sieht so aus:

wahlberechtigt	7360	(8977)	
abgegebenen Stimmen	5209	(5435)	70,8 % (70,5 %)
es erhielten:			
freie Gewerkschaften	1714	(1931)	
Nazis	685	(156)	
KGO	1695	(2020)	
christl. Gewerkschaften	1048	(1144)	
ungültig	67	(340)	

Die in Klammern stehenden Zahlen sind die der Wahlen im März. Die Mandate verteilen sich:

	Arbeitsrat	Betriebsrat
freie Gewerkschaften	8	7
Nazis	3	7
KGO	7	7
christl. Gewerkschaften	4	4

Den freien Gewerkschaften ist es also nicht nur gelungen, ihre Mandatszahl zu halten, sie konnten sogar den Nazis ein Mandat abnehmen. In Anbetracht der ungeheuren Anstrengungen der KGO- und Hitler-Leute ist das umbeirrten ein Erfolg. Bei wirtschaftlich günstigeren Zeiten wird auch der Stimmengewinn der Nationalsozialisten wieder verschwinden.

### Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Wunzlau: Sigismund Hartwig (Mitgl.-Nr. fehlt) und gemäß § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Waldassen: Michael Andorfer, Mitgl.-Nr. 86 809.

### Literarisches.

„Der Beamte der Republik“. Ein Beamtentrag der Partei. Der nungebildete Beirat in Beamtenträgen beim Parteiparlament der SPD hat seine Arbeit mit der Herausgabe einer Werbeschrift: „Der Beamte der Republik“ begonnen. Die vorliegende erste Nummer umreißt im Leitartikel die Lage und die Aufgaben der parteigenösslichen Beamten; seine Ergänzung findet der Artikel durch die Wiedergabe des Arbeitsprogramms des neuen Beamtensprechrates sowie des auf dem Berliner Parteitag beschlossenen „Beamtensprechprogramm“ der SPD. Den Themen „Nationalsozialismus und Beamtenschaft“ und „Sozialistischer Beamtentum“ wird die sozialdemokratische Personalpolitik im Reich und in Preußen gegenübergestellt. „Der Beamte der Republik“ wird in der Hand der sozialdemokratischen Beamten eine wertvolle Agitationswaffe sein und auch den bisher Indifferenten ein unverzerrtes und überzeugendes Bild von dem Wirken der Sozialdemokratie geben.

Es erachtet, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Das in der Schule gelerntes Französisch lebendig zu machen und das Leben und Sprechen geläufig werden zu lassen, als ob man da drüben gelebt und gelebt hätte, erachtet man, wenn man sich den „Erbaudner“ hält. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Erbaudners in La Chapelle-de-Fonds (Schweiz).

### Briefkasten.

Wofan in Nürnberg: An den im Mitteilungsblatt Nr. 12 angegebene theoretisch in den einzelnen Brennstoffarten usw. enthaltenen Kalorien oder Energiemengen können wir leider nichts ändern. Das ist alles von wissenschaftlichen Autoritäten unangreifbar festgelegt, wie Du Dich durch das Studium einschlägiger Werke leicht überzeugen kannst. Daher kommt auch der gut gemeinte Vorschlag zur Patentierung dieser Entdeckung um mehr als einen Posttag zu spät.



## Chemische Industrie

### Über gewerbliche Gifte\*

Von **Gewerbedirektor Dr. Hermann Gerbig**, preussischem Landesgesundheitsrat, Berlin.

Vorgetragen in der Fachgruppe für gerichtliche, soziale und Lebensmittelchemie auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Chemiker zu Wien am 28. Mai 1931.

Der Umgang mit chemischen Körpern ist ein Umgang mit Gefahren und kann nur unbedenklich geschehen, wenn die Gefahren nach Art und Quelle bekannt sind, wenn die technischen Einrichtungen und deren Bedienung zur Beherrschung der Gefahren ausreichen. Das ist schon innerhalb der chemischen Industrie um so schwerer, je weniger einheitlich und gleichbleibend die Produktion in der gleichen Apparatur vor sich geht, immerhin kann man hier die Gefährdungen besser voraussehen, weil die Materialien bekannt sind. Man kann und muß innerhalb der chemischen Industrie die Arbeiter dazu erziehen, daß sie alle Chemikalien als Gifte behandeln. Die Unterweisung für die Apparatebedienung darf sich nicht darauf beschränken, dem Arbeiter zu sagen, wie es gemacht werden muß, sondern man hat ihm zu erklären, warum es nicht anders gemacht werden darf, denn der Arbeiter ahnt nicht die Gefahren der Fehlreaktionen, der Nebenreaktionen, der Verunreinigungen. Die Decknamen dürfen nicht harmlos klingen, damit es nicht wieder vorkommt, daß beispielsweise ein Arbeiter von dem „Salz“ etwas für den Hausgebrauch mitnimmt und seine Familie mit Natriumnitrit vergiftet. Schon die Bezeichnung N-Salz hätte solch ein Unglück verhütet.

Der Siegeszug der Chemie hat chemische Verfahren in fast allen Industriezweigen an Stelle mechanischer Bearbeitungen gesetzt, hat chemische Gefahren in weitem Maße ins Volk gebracht. Häufig fehlt, sobald Chemikalien den Herstellungsort verlassen haben, jede fachkundige Kontrolle der Weiterverwendung, fehlen im Zwischenhandel und bei den Verbrauchern alle Kenntnisse der Gefährdungsmöglichkeiten. Oft werden erst im Zwischenhandel von unkundiger Hand Mischungen und Streckungen ausgeführt, die in verhängnisvollster Weise die Giftigkeit steigern können. Das Streben nach Verbilligung der Erzeugnisse führt dazu, daß Abfall- und Nebenprodukte verwendbar gemacht, daß unangenehme Gerüche überdeckt werden; bekannte Stoffe werden parfümiert und unter Phantasiennamen zu weit höheren Preisen verkauft, fast stets wird Gesundheitschädlichkeit bestritten oder nur in verschleierte Form so weit zugegeben, daß man nötigenfalls auf die erfolgte „Warnung“ hinweisen kann, um sich nach erfolgten Schädigungen den Rücken zu decken. Außerhalb der chemischen Industrie hütet sich der Unternehmer, Stoffe zu verwenden, die ihm als giftig bekannt sind, darum wird er von den Händlern gern über die Eigenschaften der zu verkaufenden Substanzen getäuscht.

Ein Schuhfabrikant hatte Gesundheitschädigungen seiner Arbeiter zu verzeichnen, die mit einer Gummiklebmasse beschäftigt waren, in deren Lösungsmittel sich 60 Prozent Schwefelkohlenstoff fanden; auf die Beanstandung hin erhielt er ein „garantiert unschädliches“ Gemisch mit noch über 30 Prozent Schwefelkohlenstoff. Nach einer schweren Bekämpfung mehrerer Arbeiter durch Tetrachlorkohlenstoff bestritt der Händler jegliche Schädlichkeit und brachte ein Attest bei, Tetrachlorkohlenstoff sei ungefährlich, er werde sogar in der Medizin innerlich verabfolgt. (Das hat man allerdings gefast zur Vertreibung von Eingeweidewürmern, aber es sind nicht wenige Todesfälle dabei aufgetreten.) Eine Fabrik für Feuerlöcher hatte das Attest eines namhaften Gelehrten erhalten, Brommethyl sei weitgehend ungefährlich, obgleich wir es aus gewerbeärztlichen Erfahrungen als ein durchaus heimtückisches Nervengift kennen. Es ist heimtückisch zu nennen, weil die anfänglichen Erscheinungen nicht schlimm sind, es aber in der Fortentwicklung zu schweren Nervenentzündungen und Gehirnstörungen führen kann.

Chemische Gefährdungen allenthalben! In jedem Haushalt kann aus Leuchtgas, aus unzweckmäßigen Feuerungs- und Heizungsanlagen, aus Explosionsmotoren, ja aus der Verwendung von Kochtöpfen, die im Verhältnis zum Gasbrenner zu groß sind, Kohlenoxydvergiftung Opfer fordern. Die neuzeitlichen brillanten Sprengstoffe erzeugen im Bergbau viel mehr Kohlenoxyd als früher, können das Gift mit dem Wetterstrom fortzuführen lassen. Die chemischen Feuerlöschmittel können durch die Dämpfe von Tetrachlorkohlenstoff, Brommethyl u. a. m. gefährlich werden, es können sich Zerfallsprodukte bilden, die noch weit gefährlicher sind (Phosgen). Die Schädigungsbekämpfung verwendet Anilin, Schwefelkohlenstoff, Arsenverbindungen, gechlorte Kohlenwasserstoffe, Fluoride, Thalliumpräparate, Cyanide und Blausäure. Gerade die Blausäure wird von Beketen und Polstermöbeln, ebenso von Kleidern, außerordentlich festgehalten, so daß schon mehrfach Vergiftungen auftraten, weil durch die Körperwärme des Benutzers sich aus Kleidern oder Bettzeug tödliche Blausäuremengen freimachten. — Die Verwendung von Cyanalgen erheischt Vorsicht bei der Oberflächentrocknung in der Stahlbearbeitung nicht minder als in der Galvanotechnik. Anlaß zur Bleivergiftung ist ungemein häufig gegeben, bei bleihaltiger Glasur ist auch die Frittung keineswegs ein zuverlässiger Schutz. — Die Quecksilberverwendung ist durch die Elektrotechnik zweifellos viel umfangreicher geworden, aber auch die Verwendung von Amalgamen und von Quecksilbersalzen bringt Gefährdung, und es sei warnend auf ein neues Verfahren der Drucktechnik hingewiesen, das auf Amalgamierung beruht und bei dem ungeheure Mengen von Quecksilber verdunstet (Pantone- und Renk-Verfahren). — Durchaus in den Vordergrund getreten sind aber seit einem

Jahrzehnt die Lösungsmittel, hauptsächlich jene für Farben, Lacke, für konfrierende oder isolierende Anstriche, als Extraktionsmittel auch für Wiedergewinnungsarbeiten. Gründliche Verfahrensänderungen, aber auch neue Gefahren brachten die Vulkanisationsbeschleuniger der Gummiindustrie. Nur ein paar Hinweise will ich hier geben; jeder wird mühelos die Beispiele der chemischen Arbeitsvorgänge außerhalb der chemischen Industrie vervielfältigen können.

Aber die Häufigkeit gewerblicher Vergiftungen besitzen wir keinerlei sichere Kenntnisse. Die Statistik der Unfallvergiftungen, der anerkannten wie der nicht anerkannten, die Statistik der gewerblichen Berufskrankheiten ebenso ergeben zweifellos nur einen Bruchteil der tatsächlichen Vorkommnisse, denn für jede Statistik auf diesem Gebiete fehlt ungemein häufig die Hauptgrundlage, die ärztliche Diagnose. Die ärztliche Diagnose begegnet mannigfachen Schwierigkeiten, die kurz erwähnt werden müssen, um die Unsicherheit der Diagnostizierbarkeit darzulegen. Es sind Unkenntnis der schädigenden Substanz, mangelnde Erkennbarkeit der Krankheitszeichen, Verschiedenartigkeit der Erkrankungsformen. Soweit es sich nicht um ganz bekannte Gifte, um Blei, um Säuren, um Anilin usw. handelt, macht der Arbeiter keine oder irreführende Angaben, sei es, daß ihn ein fremder Geruch der Substanz ängstigt, sei es, daß er ein Interesse daran hat, Giftwirkungen zu behaupten. So wurde ein kohlenaurer Kalk, der in der Ammoniumsulfatherstellung entsteht, in einer anderen Verwendungsstätte als besonders gefährlich angesehen,

ein ausgesprochenes Blutgift, das die Blutbildungsstätten angreift, aber daneben kann es zu Nervenentzündungen führen. Die akute Quecksilbervergiftung macht schwere Darmerscheinungen und eine typische ernste Nierenentzündung, schwerste Entzündung der Mundschleimhaut; die chronische Quecksilbervergiftung macht derartige Erscheinungen um so weniger, je schlechter das Gift eindringt, denn bei ganz chronischer Vergiftung mit kleinsten Dosen treten fast nur Nervenerscheinungen auf; dabei kann es freilich zu einem körperlichen Verfall, zur Quecksilberkachexie, kommen. Bei der ganz chronischen Form der Bleivergiftung können Schrumpfnieren und Gehirnkrankung auftreten, ohne daß Bleikolik vorangegangen waren, auch eine Nervenlähmung kann sich überraschend zeigen.

Die chronischen Vergiftungen können unter dem Bilde ganz vulgärer Erkrankungen auftreten, zahlreiche Benzolvergiftungen sind als gewöhnliche Blutarmut aufgefaßt worden, bis Blutungen in Haut und Schleimhäute den unaufhaltsamen Verfall einleiteten. Die Reaktionsmöglichkeiten der Körperorgane sind beschränkt, eine erkrankte Leber kann durchaus die gleichen Erscheinungen machen, wenn sie durch gewerbliche Gifte geschädigt, wie eine Leber, die durch Stoffwechselgifte erkrankt ist. Das gleiche gilt von den Nieren und von den Nerven. Kopfschmerzen, allgemeine Mattigkeit, Nervenschmerzen, Körperschwäche sind so vieldeutige Symptome, daß nur eine genaue Krankheitsanalyse und Erkennung der Vergiftungsmöglichkeiten auf die richtige Spur führen. Ich erinnere daran, daß man in ärztlichen Kreisen der Mitteilung von Stock über die Symptomatologie der ganz chronischen Quecksilbervergiftung zunächst mit äußerster Skepsis begegnete, weil man die beschriebenen Erscheinungen für solche der gewöhnlichen Neurasthenie erklärte; ein Standpunkt, den ich besser verstehen würde, wenn die Neurosthenie ein ursächlich und symptomatisch einheitliches und geklärtes Krankheitsbild wäre. Gewiß muß gerade der bestellte ärztliche Gutachter Kritik üben, aber ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß vielfach die Skepsis zu weit geht. So kenne ich einen Fall, in welchem ein Gutachter die einheitlichen Erscheinungen der Vergiftung durch einen aromatischen Nitrokörper (Cyanose, Gelbsucht, dunklen Harn, Kopfweh, Anämie, Hinfälligkeit) nachträglich auf mehrere, zufällig zusammentreffende gewöhnliche Erkrankungen bezogen wissen wollte, die alle von den behandelnden Ärzten verkannt worden seien.

Für die Krankenkassen hat der Arzt meist am ersten Tage eine Diagnose mitzuteilen, und zwar ist es eine Wortdiagnose. Diese Krankheitsbezeichnung, die oft dauernd in den Büchern bleibt, wird natürlich je nach dem gerade hervorstechenden Symptome oder nach den auffallendsten Klagen gewählt. Angenommen, daß in einer Fabrik für Arsenikalien mehrere Arbeiter an chronischer Arsenvergiftung erkrankten und zu verschiedenen Ärzten gehen, dann kann es durchaus vorkommen, daß der eine Arzt die Durchfälle, der andere die Nervenentzündungen, der dritte die allgemeine Entkräftung und Blutarmut für das Wesentliche hält, daher einen Darmkatarrh oder eine Polyneuritis oder eine Anämie als Diagnose nimmt, während ein vierter sich vielleicht durch die Reizerscheinungen der oberen Luftwege und der Augenbindehaut zur Diagnose Grippe verleiten läßt. Daß bei jedem Erkrankten auch die anderen Symptome vorhanden sind, geht aus der Diagnose nicht hervor, statistisch erscheinen dann die angenommenen Arsenvergiftungen in ganz verschiedenen Krankheitsgruppen, und auch der Betriebsleiter, der die Diagnosen erfährt, muß an eine zufällige Krankheitshäufung in der Belegschaft glauben und kann den Zusammenhang der Krankheiten mit dem Betriebe nicht erkennen, wenn er sich nicht des Rates eines besonders erfahrenen Arztes bedient. Leichter erkennbar werden die Zusammenhänge natürlich, wenn mehrere Kranke zum gleichen Arzte gehen, und wenn dieser nach der Beschäftigungsart forscht und den Verdacht der chronischen Vergiftung faßt. Gerade bei Vergiftungserkrankungen sind Chemiker und Arzt aufeinander angewiesen, wenn Abstände aufgeklärt und behoben werden sollen. Darum sollten die Betriebschemiker Ärzte zu Rate ziehen. Die Fabrikärzte und die Landesgewerbeärzte sind amtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet, können also unbedenklich über Betriebsvorgänge aufgeklärt werden.

Nicht selten sind es Verunreinigungen in den zur Verarbeitung kommenden Chemikalien, die die Quelle der Gifteinwirkungen darstellen. Wir wissen jetzt beispielsweise, daß die im Kriege auftretenden Leberentzündungen beim Arbeiten mit Trinitrotoluol gar nicht auf dieses Produkt selbst zurückzuführen waren, sondern auf das Tetranitromethan. Technisch spielen solche Verunreinigungen gewöhnlich keine störende Rolle, aber toxikologisch können sie höchst bedenklich sein. Daher muß der Chemiker die toxikologische Betrachtung auch der vorhandenen Verunreinigungen sich zur strengen Pflicht machen, besonders für Stoffe, die an auswärtige Verbraucher gelangen und offen verwendet werden. — Vollständig gereinigtes Ätznatron ist beispielsweise ein sehr gut verträgliches Narkotikum, aber durch Chlorierung von Ätznatron in Gegenwart von Schwefel, Phosphor oder anderen können äußerst giftige Verbindungen entstehen. Solche Erkrankungen sah ich in zwei Fällen beim Auswechseln einer auf Hypochlorit beruhenden Reinigungsmaße, die fehlerhafterweise zu stark erschöpft worden war; die beiden Leute erlitten eine unheilbare Lähmung der Empfindungsäste des sogenannten Trigeminierven: auf der Hornhaut bildeten sich Geschwüre, die Zähne fielen aus, die Kranken empfanden nicht mehr, wo sie den Bissen im Munde hatten, ob ihnen die Speise aus dem Munde fiel. Ganz gleiche Erkrankungen beschrieb Plesner 1915 als Vergiftungen durch Trichloräthylbenzol. Dem Trichloräthylbenzol kommt diese grauenhafte Wirkung aber absolut nicht zu, sondern sie ist auf Verunreinigungen zurückzuführen, die damals bei der ersten größeren Herstellung noch auftraten.



Bestell-Nr. 384 - d Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W 9

weil ihm ein leichter Ammoniakgeruch anhaftet, oder es wurde bei unschuldigen Substanzen Arsengehalt behauptet. Weiß häufiger aber weiß der Arbeiter gar nicht, daß er mit Giften hantiert, oder daß bei bestimmten Vorgängen schwere Gifte entstehen können. Ich erinnere hier an die Entwicklung von Arsenwasserstoff beim Reinigen von Schwefelsäurekesseln. Die im chemischen Betriebe intern gebrauchten Bezeichnungen der Arbeitsstoffe sagen über die chemische Natur ebensowenig aus wie die Phantasiennamen der im Handel erscheinenden Chemikalien, besonders der Lösungsmittel. Der Fabrikant verweigert nicht selten die Angabe der Beschaffenheit oder weiß sie selbst nicht. Immerhin ist schon manches gewonnen, wenn der Arzt überhaupt die Vergiftungsmöglichkeiten ins Auge faßt und nicht akute Gesundheitsstörungen einfach als „Grippe“ deutet, was besonders nahelegt, wenn Reizerscheinungen der oberen Luftwege vorhanden sind. Schon die Anilinvergiftung ist außerhalb der Gebiete mit chemischer Industrie den Ärzten oft unbekannt; ich hatte zufällig Gelegenheit, einem Kreise von etwa 60 Ärzten einige Anilinvergiftungen zu zeigen, deren Krankheitsbild allen unbekannt war.

Die Empfindlichkeit der einzelnen Menschen gegenüber Giften ist individuell verschieden, zeigt auch dispositionelle Verschiedenheiten. F. C. u. r. s. h. m. a. n. beobachtete im Kriege an Frauen, die mit aromatischen Nitrokörpern arbeiteten, daß viele nur während der Menstruation mit Blausucht erkrankten, sonst nicht. So wird auch ein Rekonvaleszent, ein Farmer, ein Leber- oder Nierenkranker vielfach anders auf Gifte reagieren als ein vollkräftiger Mensch. Bekannt ist, daß chronischer oder akuter Alkoholmißbrauch die Empfindlichkeit sehr steigert nicht nur gegenüber den Nitro- und Amidoverbindungen der aromatischen Reihe („Alkohol ist der Todfeind des Anilinarbeiters“), sondern auch gegenüber anderen Blut- und Nervengiften. Interessant ist es, daß auch nachträglicher Alkoholgenuss die Giftwirkung auslösen kann; einige junge Leute, die gesund aus einer Dinitrobenzolfabrik entlassen wurden, erkrankten einige Tage später nach einem alkoholischen Erzeße schwer an Dinitrobenzolvergiftung. In schwülen Tagen ist die Erkrankungsgefahr besonders hoch, und es gibt zweifellos noch viele Umstände, die plötzliche Erkrankungen erklären an Stellen, wo zuvor angeblich oder tatsächlich „noch nie etwas passiert“ war.

Weiß schwieriger noch akute Vergiftungen sind chronische Giftwirkungen zu erkennen, denn die Wirkungen sind meist ganz andere. So ist das Benzol in der akuten Vergiftung vorwiegend Narkotikum, in der chronischen Vergiftung

\* Mit freundlicher Genehmigung des Vereins Deutscher Chemiker, z. B. der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ Nr. 31 vom 1. August 1931 entnommen.



Reorganisation einer neuen Kunstofffabrik.

In der Zeitschrift „Die Chemische Fabrik“ vom 2. August lesen wir, daß die Anlagen der ersten österreichischen Glanzstoffwerke, AG., in St. Pölten zur Zeit rationalisiert werden. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind etwa 600 Arbeiter angenommen worden. Der Betrieb der Kunstofffabrik — der seit dem Vorjahre ruht — soll aber erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Regierung den Einfuhrzoll auf Kunstoff erhebt.

Reorganisation einer neuen Kunstofffabrik! Sonderbar, höchst sonderbar! Die Fabrik in St. Pölten wurde von der Glanzstoff-WG. in Elberfeld errichtet. Dafür wurde die Kunstofffabrik in Petersdorf im Riesengebirge stillgelegt. Es waren also Sollfragen, die die Glanzstoff-WG. in Elberfeld veranlaßten, ihren Betrieb im Riesengebirge zu schließen und einen neuen jenseits der österreichischen Grenze zu eröffnen. Der frühere Betriebsleiter der Kunstofffabrik in Petersdorf ist jetzt in St. Pölten tätig. Sonderbarerweise erfahren wir aus der Notiz in der „Chemischen Fabrik“, daß der neue Betrieb bereits wieder stillgelegt hat und nunmehr rationalisiert werden muß. Da muß man sich unwillkürlich fragen, welche Zweckgröße bei der Errichtung des Betriebes tätig gewesen ist, wenn nach Fertigstellung sofort eine Rationalisierung vorgenommen werden muß. Die angezogene Notiz beleuchtet blickartig die Unfähigkeit sogenannter Wirtschaftsführer, neue Fabriken zu errichten. Aber was tut's, die Arbeiter müssen den durch Fehlleitung von Kapital entstandenen Schaden tragen. G. Haupt.

Gewinnung von Kalisalzen am Toten Meer.

Aus Palästina wird uns mitgeteilt, daß die Konzession für die Gewinnung von Kali- und anderen Salzen im Toten Meer am 1. Januar 1930 für eine Periode von 75 Jahren abgeschlossen wurde. Die Kontrahenten sind der „High-Kommissioner“ der palästinischen Regierung und die „Palestine Potash Co. Ltd.“. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 400 000 Pfund Sterling und ist eingeteilt in 380 000 Aktien à 1 Pfund Sterling und 400 000 Aktien à 1 Schilling. Das Konzessionsareal beträgt vorläufig 4 Quadratkilometer. Die Konzession enthält die Bestimmung, daß die Regierung innerhalb zweier Jahre eine Chaussee vom Toten Meer bis zur Chaussee Jerusalem—Jericho bauen und bei genügender Produktion der Gesellschaft die Errichtung einer Luftkabelbahn bis zur Eisenbahnlinie Jerusalem oder zur Hejazbahn in Beth Schean gestatten wird. Die Regierung wird in diesem Falle die notwendigen Ländereien enteignen.

Die Gesellschaft ist zu einer Minimalproduktion verpflichtet, die im

Table with 2 columns: Jahre der Konzession, Tonnen Kali. Rows: 1. Jahre, 4. Jahre, 7. Jahre, 10. Jahre.

beträgt.

Fall die Regierung den Bau der Jericho-Chaussee nicht ausführt, ist die Gesellschaft nur zu einer Produktion von 1500 Tonnen jährlich verpflichtet. Der Gesellschaft ist verboten, durch Übereinkommen mit einer anderen Gesellschaft die Preise zu erhöhen oder die Produktion einzuschränken.

Die Gesellschaft hat der Regierung 5 Prozent des Erlöses der Produktion von Kali, Brom und Magnesiumchlorid zu zahlen. Außerdem ist die Regierung an den Gewinnen der Gesellschaft beteiligt. Nach Ausgabe von Aktien in Höhe von 250 000 Pfund Sterling ist die Gesellschaft zur Ausgabe von 50 Prozent der übrigen Aktien in Palästina selbst verpflichtet. Die Regierung besitzt daran ein Vorzugsrecht von 20 Prozent. Ferner kann die Regierung Aktien in Höhe ihres Gewinnanteils sowie des fünfprozentigen Produktionserlöses erwerben. Die Arbeiterschaft darf nur aus Palästina und Transjordanien rekrutiert werden.

Die Mineralvorkommen des Toten Meeres werden in einer Sonderausgabe der palästinischen Regierung „The Mineral Resources of Palestine and Transjordan by E. S. Blackie, Geological Adviser, Pal. Gov.“ folgendermaßen angegeben:

Table with 2 columns: Mineral, Menge in Millionen Metertonnen. Rows: Chloralkali, Brommagnesium, Chlornatrium, Magnesiumchlorid, Kaliumchlorid.

Die Kosten der Produktion von 70 000 Tonnen 80prozentigem Kali und 45 000 Tonnen 40prozentigem Kali sowie von größeren Mengen anderer Salze, von denen nur die Hälfte für den Export in Betracht kommt, auf dem für die erste Zeit vorgesehenen Terrain von 4 Quadratkilometer dürften sich auf 300 000 Pfund Sterling stellen. Der Weltpreis von 80prozentigem Kali betrug im Jahre 1930 8—9 Pfund Sterling je Tonne. Als Nebenprodukte kommen Magnesiumchlorid und Brom in Betracht. Die Produktionskosten von Magnesium betragen nur 300 Mk. — 1/2 Pfund Sterling je Tonne, während der Verkaufspreis in England 6,10 Pfund Sterling je Tonne beträgt. Für Brom stellt das Tote Meer eine der ergiebigsten Quellen der Welt dar. Die Produktion dürfte sich als die eines Nebenprodukts billig stellen.

Die Entwicklung der Industrie ist durch Transport Schwierigkeiten gehemmt, die durch den Ausbau des Hafens Hafens, der seit zwei Jahren im Gange ist, teilweise beseitigt werden.

Der Geologe der Regierung verzeichnet am Schluß seines Berichtes, daß wenn keine besonderen technischen Schwierigkeiten eintreten, die Produktion von hochprozentigem Kali zu niedrigen Preisen gesichert erscheint, weil große Mengen Magnesiumchlorid und Brom als Nebenprodukte anfallen. Die Preise dürften im ergiebigsten Falle nur durch den Verbrauch eine Beschränkung finden.

Die Arbeiten der Gesellschaft sind so weit vorgeschritten, daß seit Ende des Jahres 1930 rund 1 Quadratkilometer mit Teichen für die Verdunstung und Konzentrierung des Toten-Meer-Wassers bedeckt ist. Von den für die Arbeit benötigten Pumpen wurde die erste im Ausland bestellt, während die weiteren Pumpen im Lande hergestellt werden und von guter Qualität sind. Nach erfolgter Verdunstung wird künstlicher Karbonat gewonnen, aus welchem dann Kali und andere Salze hergestellt werden, wobei gleichzeitig größere Mengen Chlornatrium anfallen. Kali soll für lange Zeit hinaus das Hauptprodukt sein.

Das für den Produktionsprozeß und für Trinkzwecke notwendige Süßwasser wird vom Jordan her über eine Entfernungs von drei Kilometern gepumpt und, soweit es für menschlichen Gebrauch bestimmt ist, gefiltert. Die Fabriken für die Kaliherstellung und den Produktionsprozeß sind fertiggestellt.

Die Fabrik zur Herstellung von Brom ist schon längere Zeit in Betrieb. Die zur Überwindung der Kommunikations-schwierigkeiten nötige Chaussee Jericho—Totes Meer ist von der Regierung in Angriff genommen. Augenblicklich erfolgt der Transport zur Eisenbahnstation Jerusalem in Lastautos der Gesellschaft. Später wird die Eisenbahnlinie durch das Jordantal bis Beth Schean zur Bahnlinie nach Haifa durch die Gesellschaft in Angriff genommen werden, wodurch eine erhebliche Reduzierung der Produktionskosten stattfinden soll.

Ende des Monats Juni 1931 waren beschäftigt: Jüdische Arbeiter: 188 feste Arbeiter der Gesellschaft, 45 Arbeiter bei Bauunternehm., 12 Arbeiter als Küchenpersonal, 22 Angestellte. Arabische Arbeiter: 74 feste Arbeiter der Gesellschaft, 30 Arbeiter bei Bauunternehm.

Für die festen Arbeiter der Gesellschaft sind drei moderne zweistöckige Wohnhäuser erbaut. Für die zeitweilig beschäftigten Arbeiter sind Baracken errichtet, welche mit Küche, Speiseraum, Bibliothek und einer Radioanlage versehen sind. Die Umgebung des Toten Meeres ist bekanntlich unbewohnt. Das Klima des Platzes (etwa 400 Meter unter dem Meerespiegel) ist trocken, und während 8 Monaten des Jahres ist die Sonnenhitze groß genug, um die Verdunstungsarbeit zu leisten. Die Arbeit geht mit großer Beschleunigung vor sich.

Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Es wird von morgens 3 Uhr bis 11 Uhr vormittags gearbeitet. Nach einer Unterbrechung von 4 Stunden wird die Arbeit nachmittags 3 Uhr wieder aufgenommen. Die jüdischen Arbeiter sind sämtlich organisiert. Die Minimallohne betragen 300 Mk. (1 Mk. = 2 Pf., also 6 Mk. je Tag). Für Facharbeiter werden 375 bis 550 Mk. gezahlt. Die Fabrikarbeiter arbeiten nur im Tagelohn und verdienen 10—12 Pfund Sterling im Monat. Bei den Bauarbeiten wird auch im Akkord gearbeitet. Die arabischen Arbeiter werden zum größten Teil als Hilfsarbeiter beschäftigt und verdienen nur 150 bis 250 Mk. je Tag. In den Fabriken wird teilweise in zwei Schichten gearbeitet. Überschunden werden mit 25 Prozent, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Jeder Arbeiter erhält im Jahre 7 Tage Ferien. Die Arbeiter sind gegen Unfall versichert, außerdem zahlt die Leitung der Gesellschaft Sonderbeiträge an die von den Arbeitern gegründete Krankenkasse. Eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht nicht. wh.

Papier-Industrie

Der zweite Akt.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Regierung Brünning-Siegerwald wurden im Frühjahr dieses Jahres in fast allen Industriezweigen in Deutschland die Löhne abgebaut. In der Papierindustrie betrug der Abbau der Tariflöhne durchschnittlich 6 Prozent. Einschließlich der abgebauten Akkord- und Prämienverdienste dürfte der wirkliche Lohnabbau 10 bis 15 Prozent betragen.

Der von den Unternehmern gepredigte und von der Reichsregierung geförderte Lohnabbau sollte angeblich nicht nur der Bildung von neuem Kapital dienen, sondern auch das Wirtschaftswunder bewirken, daß dadurch die Preise ermäßigt, die Produktionsmöglichkeit gesteigert und das Arbeitslosenheer ganz wesentlich vermindert würden. In dieser Kalkulation haben Reichsregierung und Unternehmertum als den wichtigsten Faktor nur vergessen, daß durch den Lohnabbau gleichzeitig die Kaufkraft der Arbeitnehmer als Konsumenten gedrosselt wurde. Infolgedessen ist auch das Gegenteil der verfolgten Wirkung eingetreten.

Den besten Beweis dafür liefern die Arbeitslosen-zählungen der Arbeitsämter. Ohne Notstandsarbeiter und ohne die angestellteren Arbeitnehmer, die sich auf den Arbeitsämtern gar nicht mehr melden und die auch als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht mehr mitgezählt werden, weil ihnen diese Unterstützung verweigert wurde, betragen die Zahlen der ermittelten Arbeitslosen:

Table with 3 columns: Jahr, Arbeitslose, Zunahme gegen Juli 1929 in v. H. Rows: 1929, 1930, 1931.

Demühter kann der Fehlschlag dieser Lohnabbautheorie durch Zahlen kaum noch ausgedrückt werden.

Ein weiteres Argument der Unternehmer, auch in der deutschen Papierindustrie, bestand darin, daß für die Lohnhöhe ausschlaggebend sei der Lohnanteil an dem Quantum der erzeugten Produktion, und daß bei steigender Produktion sowohl eine Ermäßigung des Lohnanteils als auch gleichzeitig eine Senkung der Preise eintrete. Mit dieser Theorie versuchten die Arbeitgeber die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen zu begründen.

Für den Lohnanteil sowohl am Wert der Gesamtproduktion als auch je Kopf der beschäftigten Arbeitnehmer ist diese Theorie zweifellos logisch. Bezüglich der Preisbildung dürfen wir jedoch recht berechtigte Zweifel hervorheben.

Der Hansa-Bund, eine Gruppe von für volle Wirtschaftsfreiheit schwärmenden deutschen Unternehmern, hatte sich zu einem Vortrag am 17. Juni 1931 in Berlin den schwedischen Nationalökonom Professor Dr. Cassel verschrieben. Nach den Veröffentlichungen des Hansa-Bundes erledigte dieser anerkannte Unternehmerfreund die Preisbildungstheorie der Arbeitgeber auf folgende höhnische Art:

Der allgemeine Preisindex für Großhandelswaren stand 1910 ungefähr auf demselben Niveau wie 1850, trotz des gewaltigen Fortschrittes der technischen Produktionsfähigkeit, der in diesen 60 Jahren stattfand.

... Warum sollte dann der technische Fortschritt der Nachkriegszeit eine besondere Tendenz zum Herabpressen des Preisniveaus besitzen?

Diese Ausführungen des schwedischen Professors, die von den Hansa-Bund-Mitgliedern beifällig aufgenommen wurden, beweisen zunächst einmal, daß die Preisbildung weder vom Lohne beeinflusst wird — denn 1850 fanden die deutschen Arbeiterlöhne mindestens 50 v. H. niedriger als 1910 —, noch von der technischen Entwicklung abhängig ist, sondern durch die Profitgier des Unternehmertums in Handel, Industrie und Gewerbe bestimmt wird.

Professor Cassel hat mit dieser Feststellung dem deutschen Unternehmertum zweifellos einen Bärendienst erwiesen und der Lohnabbautheorie einen empfindlichen Stoß versetzt; das hindert ihn natürlich nicht, die Lohnabbautheorie bis zum schärfsten Extrem „wissenschaftlich“ zu begründen.

Schlimmer wird es schon, wenn dieser Professor geneigt ist, erhebliche Teile der deutschen Arbeiterschaft dem Hungertode preiszugeben. Anders können seine Ausführungen jedenfalls nicht gedeutet werden, wenn er erklärte, „daß auch die Unterstützungspolitik, die sich auf Unterstützung notleidender Menschen beschränkt, leicht Gefahr läuft, die Volkswirtschaft ernstlich zu schädigen“.

Wenn dieser sonderbare Wissenschaftler ferner „die wirtschaftlich nicht mögliche Lohnhöhe durch staatliche Maßnahmen und den lokal geschäftigten Gewerkschaftsmonopolismus in den Industrieländern“ für die Not und die Kaufkraftsenkung in den landwirtschaftlichen und kolonialen Ländern haftbar macht, so beweist er nur, daß er von Gewerkschaftspolitik nichts versteht und von den Zusammenhängen internationaler Art keine Ahnung hat.

Die Schlussfolgerungen aus diesem Vortrage waren kurz zusammengefaßt: Die Löhne der Industriearbeiter müssen weiter abgebaut, die staatliche Arbeitslosenversicherung beseitigt und die sonstigen sozialen Zweige verschlechtert werden.

Wo die Sozialreaktion Erlumphe feiert, darf die Papiererzeugungsindustrie

nicht fehlen. Voran geht diesmal die mitteldeutsche Papiererzeugungsindustrie. Die Herrschaften hatten die sonderbare Auffassung, daß der Lohnabbau auch ohne Tarifkündigungen durchgeführt werden könne. Aus diesem Grunde hatten sie die Arbeitnehmervertreter zu Verhandlungen am 24. August 1931 nach Leipzig eingeladen und verlangten dabei — ohne Kündigung des Bezirkslohnvertrages — die Zustimmung zur Herabsetzung der Löhne bis zu 20 Pf. je Stunde. Die Unternehmer sind also wirklich nicht unbescheiden, wenn man beachtet, daß die mitteldeutschen Papierarbeiterlöhne in der Mehrzahl der Fabriken mit zu den niedrigsten in Deutschland gehören.

Selbstverständlich mußten die Gewerkschaftsvertreter diese Forderung der Arbeitgeber ablehnen. Prompt erfolgte die Kündigung des Bezirkslohnvertrages zum 27. September 1931. Damit ist auch für die gesamte Papiererzeugungsindustrie das Signal zur zweiten Lohnabbau-Aktion gegeben.

Der Arbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie stehen also erneute Lohnabbaukämpfe bevor, denen nur durch gewerkschaftliche Geschlossenheit begegnet werden kann.

Die freiwilligen Unternehmernknechte und Parteikulis

der KPD. und RGO. sind es, die dem Unternehmertum mit ihrer Parole auf Zertrümmerung der Gewerkschaften, Sperrung der Verhandelsbeiträge usw. entgegenkommen. Diese faschistischen Hausknechte, die sich beim Stahlhelm-Volkentscheid bereits für die kaiserliche Monarchie und gegen die Republik ausgesprochen haben — einen anderen Zweck hatte der Stahlhelm-Volkentscheid nicht, auch wenn er von der KPD. als blutig roter Volkentscheid bezeichnet wurde —, kommen den Arbeitgebern abermals zu Hilfe. Das beweist ihr Vorgehen in der ostpreussischen Zellstoffindustrie, wo Betriebsstilllegungen im Waldbhof- und Feldmühle-Konzern in weitestem Ausmaße vor sich gehen.

Dieselben Leutchen, die zu ihrer Weltrevolution das Chaos brauchen, beschuldigen in ihrer ostpreussischen „Wand-Zeitung“ — ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben — die Unternehmer der Katastrophentheorie und unsere Angestellten der Mitschuld. Dabei ist die KPD. mitamt ihrer RGO. eine einzige Katastrophe. Sie stricken ja ihr politisches Leben nur von der Katastrophentheorie. Genau so katastrophal müssen ihre Unsinnspareolen sich auf die Arbeiterschaft auswirken. Bis zu welcher Höhe dieser Unsinn getrieben werden kann, beweist folgender Satz in dieser „Wand-Zeitung“:

„Schon haben die Kommunisten im Stadtparlament (Königsberg i. Pr.) einen Vorstoß gemacht und fordern die Sicherung der Lohnzahlung in voller Höhe, auch wenn der Betrieb stillgelegt ist, auf Kosten der Zellstoffgewaltigen.“

Wenn die Wamagie für das Königsberger Stadtparlament nicht zu unsterblich wäre, könnte man wirklich wünschen, daß dieses dem kommunistischen Antrage zustimmt, gleichzeitig aber die kommunistische Stadterordnetenfraktion beauftragt, die beschlossenen Summen von den Zellstoffgewaltigen einzutreiben. Ein größerer Bärendienst könnte eigentlich den Oberbunzen der KPD. und der RGO. kaum geleistet werden. Recht bald müßten sie den durch Betriebsstilllegung arbeitslos gewordenen Zellstoffarbeitern eingestehen, daß es bis heute in Deutschland noch keine gesetzlichen Möglichkeiten gibt, derartige Anträge durch Stadterordneten-Versammlungsbeschlüsse zu verwirklichen. Das wissen natürlich die Macher der KPD. und der RGO. ganz genau. Ihre demagogischen Anträge sind ja auch nur auf den Gummisack eingestrichelt und sollen vor allen Dingen die Gewerkschaften bei der Arbeiterschaft in Mißkredit bringen.

Immer wieder leugnet die KPD., daß bei ihr und der RGO. der politische Mord zu den täglichen Waffen gehört. In ihrer „Wand-Zeitung“ bringt sie dafür den neuen Beweis. Unter der Überschrift „Am Pranger“ pöbelt sie den Werkführer Schalles an und bezeichnet ihn als Antreiber der Zellstoffarbeiter. Wir selbst haben keine Ursache, diesen Werkführer irgendwie in Schutz zu nehmen. Das Urteil über sein Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber dürften sich die Zellstoffarbeiter längst gebildet haben. Bezeichnend aber ist die folgende Drohung:

„Also, lieber Schwager Schalles! Sei in Zukunft mit Deinen Ausdrücken etwas vorsichtiger, sonst hast Du Deinen letzten Dr. ... gemacht!“

Nicht nur die Ausdrucksweise, sondern auch die Drohung einem Gegner gegenüber zeugt von einer derartigen Gemeinheit, daß es kaum einen gewerkschaftlich organisierten Zellstoffarbeiter in Ostpreußen geben wird, der diese Frechheiten deckt.

Wir können den Unternehmern zu der Hilfe, die ihnen diese schäbige Gesellschaft leistet, nur gratulieren. Die Arbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie wird sich mit



Absehen von diesen Schädlingen abwenden. Die Königsberger Zellstoffarbeiterchaft hat das bereits dadurch bewiesen, daß zu der von der R.O. anberaumten Belegschaftsversammlung von 585 beschäftigten Arbeitnehmern sich unter sieben Versammlungsteilnehmern nur drei Arbeiter aus dem Betriebe eingefunden hatten.

G. Stähler.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Unfallschutz in der Stärkeindustrie.

Nach dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft für die Kohlerei-, Brenner- und Stärkeindustrie über das Jahr 1930 waren bei der B.G. 9262 (9198) Betriebe gemeldet. Die Zahl der Beschäftigten betrug durchschnittlich 71 991 (61 132). Danach ist sowohl die Zahl der angeschlossenen Betriebe als auch die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr, dessen Zahlen in Klammern beigefügt sind, gestiegen; die Zahl der Beschäftigten aber wohl nur deshalb, weil in dem Berichtsjahr erstmalig die kaufmännischen Angestellten mit erfasst worden sind.

Im Jahre 1930 wurden 5117 (5416) Unfälle gemeldet. Davon wurden erstmalig als entschuldigend anerkannt 309 (338). Darunter waren 17 (17) Unfälle mit tödlichem Ausgang. Es ist also sowohl bei den gemeldeten, als auch bei den entschuldigenden Unfällen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Auf 1000 Beschäftigte kommen 71 gemeldete, 4,3 entschuldigende und 0,2 tödliche Unfälle. Über die Unfallursachen äußert sich der Bericht folgendermaßen:

Die persönlichen Unfalluntersuchungen der technischen Aufsichtsbeamten in den Betrieben haben ergeben, daß ein mangelhafter Zustand der Maschinen und Betriebsrichtungen viel seltener Unfälle verursacht, als das Verhalten der Versicherten selbst. Leichtsinns, Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit waren immer wieder festzustellen. Diese Beobachtung wurde leider nicht nur bei jüngeren Personen gemacht, sondern auch ältere, erfahrene Arbeiter, Gehilfen und sogar Betriebsleiter ließen sich Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften zuschulden kommen. Des öfteren mußte festgestellt werden, daß der Unfalltag mit dem letzten Tage des gekündigten Arbeitsverhältnisses zusammenfiel. In solchen Fällen handelte es sich stets um leichte Unfälle.

Hier wird also ganz allgemein der Vorwurf erhoben, daß alle Beteiligten bis zum Betriebsleiter hinauf den Unfallschutz mißachten. Es ist richtig, daß in den Betrieben manches vernachlässigt wird. Wenn aber zum Schluß die Sache so dargestellt wird, als führten die Arbeiter Unfälle an ihrem letzten Beschäftigungstage absichtlich herbei, dann müssen wir dagegen doch entschieden Einspruch erheben. Es führt niemand absichtlich einen Unfall herbei, von dem er nie wissen kann, ob er dabei seine gesunden Glieder oder sogar sein Leben einbüßt, zumal feststeht, daß die meisten Unfallverletzten um die oft recht magere Rente noch einen langen Kampf führen müssen. Außerdem liegt die Sache in vielen Fällen so: Von der Betriebsleitung duldet man, daß dauernd gegen die UVV verstoßen wird. Ja, oft sieht man dies sogar gern, um damit der Berufsgenossenschaft zu beweisen, daß der Unfallschutz überflüssig ist. Tritt nun ein Unfall ein, dann hat der Betroffene gegen die Vorschriften gehandelt, er ist am Unfall selbst schuld. Für unsere Kollegen in dieser Industrie erwächst daraus die Pflicht, um so mehr auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten, denn sie werden in ihrem Interesse erlassen.

An einer anderen Stelle sagt der Bericht hierzu auch selbst:

Die Unfallmeldungen ließen mancherlei Fehler in den Betriebsrichtungen erkennen. Hier konnte meist auf schriftlichem Wege sofort eine Änderung veranlaßt werden. In einzelnen Fällen wurden den Betrieben schriftlich Ratschläge für die Ausführung der Schutzvorrichtungen erteilt oder Bezugsquellen angegeben.

Die Betriebsrichtungen ließen also doch mancherlei zu wünschen übrig. Durch diese Mängel wurde die Unfallgefahr erhöht. Bei der Besprechung verschiedener Unfälle verweist der Bericht darauf, daß immer wieder Unfallmeldungen eingehen, aus denen zu ersehen ist, daß das Auslegen der Treibriemen bei laufender Transmission erfolgt. Trotz aller Hinweise und Aushängen von Vorschriften und Unfallbildern lasse dieser Leichtsinns nicht nach. So wurden in einer Stärkefabrik beim Auflegen des Riemens einem Arbeiter, der von der Welle erfasst und mehrmals herumgeschleudert wurde, beide Arme und Beine gebrochen. In einer anderen Stelle wird folgendes gesagt:

Auch im Jahre 1930 ereignete sich eine ganze Anzahl von Unfällen beim Reinigen und Nachsehen laufender Maschinen. Es ist verboten und sollte von den Betriebsleitungen bestraft werden, wenn Reinigen, Putzen, Ausbessern sowie das Anziehen der Keile und Schrauben während des Ganges erfolgt. Schlimmerer Bewegter Teile ist nur gestattet, wenn dazu Einrichtungen benutzt werden, die es ohne Gefahr ermöglichen.

Uns scheint, daß hier eine Bestrafung nicht so viel helfen würde, wie ein dauerndes Hinweisen auf die Gefahren, die mit den kritischsten Handlungen fast stets verbunden sind. Sehr oft fehlt es an der nötigen Aufklärung über diese Gefahren. An einer Kartoffelwäsche ereigneten sich drei Unfälle dadurch, daß die Maschine sich beim Reinigen oder Instandsetzen selbst einrückte. Die Folgen waren Fuß-, Bein- und Brustquetschungen. Hier muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Einrückvorrichtungen genügend gesichert waren. Wenn nicht, dann muß dafür gesorgt werden, daß diese Sicherung in Zukunft angebracht wird. Aber Unfälle an Fördermaschinen und -einrichtungen wird folgendes gesagt:

Mit einem Elevator von etwa 1,2 Meter Breite wurden Kornsäcke von der Laderampe in die oberen Lagerböden befördert. Als der obere Boden voll war, sollte das Ausladen in dem darunter liegenden Boden stattfinden. Zum Hinuntergehen benutzten die Arbeiter jedoch nicht die ganz in der Nähe liegende Treppe, sondern kletterten einzeln auf je eine Tragevorrichtung des Elevators und fuhren hinunter. Als letzter ließ sich auf diesem Wege ein 60jähriger Arbeiter hinunter befördern. Kurz bevor er unten angekommen war, wurde der Elevator aus unbekannten Gründen stillgelegt. Der Arbeiter wollte nun durch einen Zwischengang von etwa 40 Zentimeter zwischen der Kante der Tragevorrichtung und der Decke des Lagerbodens hindurchkriechen. In diesem Augenblick machte der Elevator eine kurze rückläufige Bewegung, wodurch der Arbeiter am Kopfe gequetscht wurde.

Aus dem geschilderten Vorfall ist die Lehre zu ziehen: Benutzt zur Personenbeförderung keine Lastenaufzüge, die hierfür nicht bestimmt und nicht geeignet sind! So kann man sich am besten vor derartigen Unfällen schützen.

Ferner verweist der Bericht darauf, daß auch im letzten Jahre wieder 100 Leitern-Unfälle gemeldet seien. Es wird dem Umfange immer noch nicht genügend Beachtung geschenkt, daß man unzweckmäßige oder schadhafte Leitern nicht benutzen darf. Ganz besonders aber müssen sich die Betroffenen die Mühe geben, die Leiter so anzustellen, daß sie nicht abgleiten kann. Auf eine Anzahl weiterer Unfälle wird in der Besprechung verwiesen und es werden Winke gegeben, wie sie verhütet werden können. Der Bericht bringt dann noch eine Gesamtzusammenstellung der Unfälle im Jahre 1929, wie sie an den einzelnen Betriebsrichtungen eingetreten sind. Wir lassen diese Zusammenstellung folgen:

Betriebsrichtungen u. Vorgänge	Zahl der Unfälle 1929	Davon sind entschuldigend	Davon Unfälle mit tödlichem Ausgang
Kraftzeugungsanlagen	40	6	1
Kraftübertragungsanlagen	66	12	1
Arbeitsmaschinen	229	25	1
Fördermaschinen und -einrichtungen	73	11	—
Transport	1093	82	15
Schweiß- und Schneideanlagen	2	—	—
Feuergefährliche Stoffe	287	8	3
Zusammenbruch, Einsturz usw.	331	16	1
Fall von Personen	931	86	2
Anfall durch Tiere	99	6	—
Handwerkzeug	132	8	—
Auf dem Wege von und zur Arbeit	225	19	2
Verstorbene	830	30	1
	4338	320	27

Die Zusammenstellung zeigt, an welchen Betriebsstellen und -einrichtungen die meisten Gefahren drohen und welchen Betriebsstellen die mit der Durchführung des Unfallsschutzes betrauten Kollegen die meiste Beachtung schenken müssen. An einer Stelle scheint dem Berichterstatter ein Fehler unterlaufen zu sein. Einleitend wird gesagt, daß auch im Jahre 1929 17 Unfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen seien. Die Zusammenstellung zeigt aber 27 Unfälle mit tödlichem Ausgang im Jahre 1929. Demnach wären die Unfälle mit tödlichem Ausgang im Jahre 1930 um 10 zurückgegangen.

### Kapitalistische „Selbsthilfe“!

Eifrig wenden die Unternehmer das Schlagwort von der Selbsthilfe auf sich an. Sie helfen sich zwar nicht selbst, aber sie lassen sich gern helfen. Dazu ist nach ihrer Meinung ja der Staat da, ihnen in Krisenzeiten oder bei durch leichtsinnige Geschäftsführung verschuldeten Bankrotten mit Subventionen, Stützungsaktionen und mit Zollgeschenken beizuspringen. Wenn aber das arbeitslose Proletariat in der furchtbaren Not, die es nicht im geringsten selbst verschuldet hat, die im Gegenteil eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden ist, beschließende Hilfsmaßnahmen und eine kärgliche Unterstützung verlangt, dann schreiben die Unternehmer über Rentensucht und Faulheitsprämie, dann fordern sie ungefüllt und brutal den rückwärtslosen Abbau der Sozialversicherung. Das ist echt kapitalistischer Geist, für andere nichts, für sich alles! Der Kampf um die Sozialversicherung ist auch ein Klassenkampf, den die Arbeiterschaft mit Hilfe und unter Leitung der Gewerkschaften führen muß.

Im Jahre 1930 wurden 4088 Betriebe (44 Prozent) revidiert, dagegen im Jahre 1929 3220 Betriebe oder 35 Prozent. Bei den Betriebsrevisionen wurden insgesamt 5649 (4721) Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. Die Zahl der Verstöße ist also im letzten Jahre wesentlich höher gewesen als im Vorjahre. Gerade dieser Umstand beweist am besten, daß im Bereiche dieser Berufsgenossenschaft in puncto Unfallssicherheit noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Der Bericht sagt dann weiter, daß nennenswerte Vorschläge zur Verbesserung des Unfallsschutzes weder von den Unternehmern, noch von den Versicherten gemacht seien. Auch Beschwerden über ungenügenden Unfallsschutz wurden nur vereinzelt vorgebracht.

Die Betriebsunternehmer haben im allgemeinen den Anordnungen der technischen Aufsichtsbeamten Verständnis entgegengebracht. Die Meldungen über die Abstellung der Mängel wurden von einem Teil der Unternehmer nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt. In 842 Fällen mußte einmal und in 228 Fällen zweimal gemahnt werden, bevor die Meldungen eingingen. 27 Unternehmer meldeten nach wiederholter Mahnung nicht, sie wurden in Strafe genommen. Aus dem Verwaltungsbericht ist ersichtlich, daß insgesamt 162 Unternehmer mit zusammen 4960 Mk. bestraft werden mußten, um dem nötigen Unfallsschutz Nachdruck zu verschaffen. Das ist gerade kein Loblied auf die gute Durchführung des Unfallsschutzes in diesem Industriezweig.

Der Bericht bietet eine ganze Reihe Anregungen und gibt eine Anzahl Winke, wie Unfälle verhütet werden können. Eine Anzahl neuer Schutzvorrichtungen, die Beachtung verdienen, sind dem Bericht bildlich angegliedert. Es ist nur zu wünschen, daß alle in diesem Industriezweig mit dem Unfallsschutz betrauten Personen den Bericht eifrig lesen und daraus die nötige Nutzenanwendung für die Durchführung des Unfallsschutzes ziehen.

E. Senkfeil.

### Verschiedene Industrien

#### Die Heimarbeit in Deutschland.

III.

In Bayern finden wir die Heimarbeit in 11 Industriegruppen über den gesamten Freistaat zerstreut. Die Berufszählung 1925 hat 25 089 berufsausübende und 39 393 berufszugehörige Heimarbeiter festgestellt.

Es kommen in der bayerischen Heimarbeit folgende Arbeiten vor: in der Industrie der Steine und Erden: Bearbeitung von Grenzsteinen, Kreidewickeln, Perleneinfädeln, Perlenkranzmacherei, Glasbleifen und Herstellung von Spiegelglas; bei der Metallverarbeitung: Herstellung von Nadeln, Leonische Waren (Christbaumschmuck, Ordenssterne, Spulen von Gebläsen und Drähten, Vorkenwickeln), Metallschlägerei, Gold-

papierauflegerel, Polieren von Tafelgeräten; in der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik, Optik: Montieren, Abgraten, Wickeln, Weißzeugmacherei, Uhrmacherei; in der chemischen Industrie: Nachschleifstecken, Herstellung von Seilpflastern, Herstellung von Fliegenfängern, Zelluloidwaren; in der Textilindustrie: Weberei, Häckel-, Maschinen- und Handstrickerei, Strickerei und Stickerie aller Art, Textilveredelung, Perlenhäkeln und Perlfaschestricken, Handschuh- und Regstrickerei, Spitzenklöppelei, Plauenische Weisknäherei, Knüpfen von Tüchern, Wändern, Schals und Fransen, Säumen von Scheuertüchern, Herstellung von Seilen, Sacknäheren; in der Papierindustrie: Lütenkleberei, Etikettenschneiderei, Portefeuillemacherei, Papierfalten, Herstellung von Pappschachteln, Looswickeln; in der Lederindustrie:beutelportemonnaiemacherei, Herstellung von Lederknöpfen; in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe: Holzschnitzerei, Rosenkranzmacherei, Fertigmachen von Angelgerät, Schirmnäheren, Korbflechterei, Bürstenmacherei, Nähen von Segeln, Decken usw. für Fallboote, Weinknopfladereierei, Korfschneiderei, Montieren von Wäscheklammern, Perlmutterknopflocherei und -aufnäheren, Holzdrahtflocherei, Holzstiftenpalterei; in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie: Gelgenmacherei, Bemalen von Holzspielwaren, Auffertigung von Puppenkleidern, Spielwaren und Maskenbräueren, Blechspielwaren, Filzspielwaren; in der Nahrungs- und Genussmittelbranche: Fräseputzen, Zigarettenmacherei; im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe: Herstellung von Konfektions- und Maßkleidern, Herstellung von Wäsche, Krawattennäheren, Schuhmacherei, Blumenmacherei, Perückenmacherei und ...schmuckherstellung, Schuhmacherei, Strohhutflechterei, Kürschner- und Rauchwarenzurichtung, Wäschereien.

Gemeldet wurden 1928 in ganz Bayern zusammen 23 698 Heimarbeiter, also rund 1500 weniger als bei der Berufszählung 1925. An erster Stelle der Heimarbeiterarten steht das Bekleidungs-gewerbe, ihm folgt die Textilindustrie, ferner die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, dann die Metallindustrie, die Papierindustrie und die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie. Die anderen Industriegruppen (Steine und Erden, elektrotechnische Industrie nebst Feinmechanik und Optik, chemische Industrie, Lederindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie) folgen erst in weitem Abstand und beschäftigen jeweils nur zwischen 150 und etwas mehr als 200 Personen.

Bei einem Vergleich mit dem Jahre 1906 ist zunächst auffallend der außerordentlich starke Rückgang der Heimarbeiter überhaupt. Ihre Zahl ist in diesem Zeitraum um rund 22 928 gesunken, das bedeutet eine Minderung um rund 50 v. H.

In Bayern bestehen neun Fachauschüsse für Hausarbeit. Drei für das Konfektionsgewerbe, je für die Regierungsbezirke Oberbayern und Niederbayern (Sitz München), Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz (Sitz Nürnberg), Schwaben (Sitz Augsburg). Außerdem bestehen Fachauschüsse für die Hausweberei in den Regierungsbezirken Oberfranken und Niederbayern (Sitz Nürnberg), für die Strohhutnäheren und -garniererei in den Bezirksämtern Lindau und Sonthofen (Sitz Lindenberg i. Allgäu), für die Korbmacherei in den Regierungsbezirken Oberfranken, seit 1927 ausgedehnt auf Unterfranken (Sitz Lichtenfels), für die Stickerie und Klöppelei usw. in den Regierungsbezirken Oberfranken und Oberpfalz (Sitz Naila i. Oberfranken), für die Spielwaren- und Karnevalartikelindustrie im Regierungsbezirk Oberfranken (Sitz Neustadt b. Coburg), schließlich für das Textilgewerbe und die Wäschekonfektion im Regierungsbezirk Oberbayern (Sitz München).

Die festgesetzten Löhne erreichen eine Höhe von 73 bis 92 Pf. je Stunde. Eine Reihe Tarife sind auf Stücklohn aufgebaut. Die Stundenlöhne sind in diesen Tarifen nicht ersichtlich.

Die Heimarbeit im Freistaat Baden hat Bedeutung in der Uhren-, Bekleidungs-, Kunstblumen- und Textilindustrie. Die übrige bekannte Heimarbeit ist nur wenig vertreten. Die Berufszählung 1925 hat insgesamt 4638 berufszugehörige und davon 2861 berufsausübende Heimarbeiter festgestellt.

Ausschlaggebend in der badischen Heimindustrie ist die Uhrenherstellung. Es dürften etwa 1000 Familien mit Herstellen von Uhren (Schwarzwälder) beschäftigt sein. Der Sitz der badischen Uhrenindustrie sind die Amtsbezirke Neustadt, Donaueschingen und Müllingen. Die Lohnzahlung erfolgt in der Regel alle 14 Tage zugleich mit derjenigen der Fabrikarbeiter. Die Heimarbeiter und Kleinmeister erhalten ihren Lohn meist bei Ablieferung der Heimarbeit. Lohnbücher werden geführt, doch befinden sie sich meist in der Fabrik zur Verrechnung und stehen nur bei der Lohnzahlung für kurze Zeit dem Heimarbeiter zur Einsicht zur Verfügung.

Die Arbeitsmaschinen und Arbeitsgeräte sind Eigentum der Heimarbeiter. Für einen großen Teil der hergestellten Bestandteile werden Maschinen mit motorischer Kraft benötigt (Drehbänke, Bohrmaschinen, Schleifmaschinen usw.). Die Kosten für Beleuchtung, Heizung, motorische Kraft trägt der Heimarbeiter, ohne in erhöhten Löhnen hierfür Ersatz zu erhalten. Die ermittelten Stundenlöhne schwanken zwischen 10 Pf. und 1 Mark. Als Durchschnitt konnten für Männerarbeit 60, für Frauenarbeit 25 Pf. Stundenlohn festgestellt werden.

Kunstblumen werden hergestellt in Sickingen, Bühl und Wallbarn. Die Entlohnung lehnt sich zum Teil an die Betriebslöhne an, zum Teil ist sie willkürlich. Textilheimarbeit ist in dem Hohenwaldgebiet vorhanden. Da sind neuerdings Anstellungen von Seidenstoffwebereien für die Heimarbeit gemacht worden. Nach den Berichten der Gewerbeaufsicht wird von Firmen geklagt, daß während der Sommermonate von einer geordneten Produktion in der Hausarbeit nicht gesprochen werden könne, da zufolge der Feldarbeit die Tätigkeit in der Hausarbeit eingestellt werde. Um sich einen guten Arbeiterstand heranzuziehen und für die spätere Anlernung neuer Arbeitskräfte geeignete Arbeiter zu gewinnen, hat eine Firma in einem der Gemeinde gehörigen Anwesen einen Lehrkursus unter Führung einer geübten Lehrweberin abgehalten.

Fachauschüsse für die Hausarbeit sind in Baden drei errichtet, und zwar je einer für Näharbeiten, Schmuckwaren und Papierwaren. Von diesen sind auch Entgelte für die Entlohnung festgesetzt.

H. G. Klein.



# ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆

## Erlebnis in einer Bar.

Ich habe mir kürzlich den Spaß erlaubt und bin in eine Bar gegangen. Der Ober schaffte sein Haupt und hat mich äußerst kühl empfangen. Zwar fand ich selbst beim ersten Blick: Wies ist kein Platz für mich Proleten; Doch wollte ich auch nicht mehr zurück, Nachdem ich einmal eingetreten.

Am letzten Tische nahm ich Platz. Ich war zudem etwas benommen; Denn glücklich ist mit seinem Schatz Mein Kopf zur Tür hereingekommen. Er sah mich nicht; das war mir lieb; Wozu drum nun nach Hause gehen? So kam es, daß ich sitzen blieb, Um mir sein Treiben anzusehen.

Mein Chef gab sich ganz wie ein Graf. Seht, Anstern wurden aufgetragen, Und was die Liebe erst befragt, Das könnt ich nur erstönd sagen. In vollen Strömen floß der Wein, Weil zudem auch noch andere Damen (Mein Chef lud sie sehr baldvoll ein) Zum reichbesetzten Tische kamen.

Was dort mein Chef mußte berappen, Das sah ich leider nicht genau; Wozu auch lang im Dunkeln tappen? Doch kurz darauf gab's Lohnbau.

J. W.

## Antipoden.

Fragmente zweier Schicksale im 100-Kilometer-Tempo.

Novelle von Heinz Bach.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Gestern habe ich einen lieben Freund getroffen. Er ist sonst immer sehr ruhig und ausgeglichen und weit erfrüher als seine Altersgenossen. Es geht ihm nicht besonders gut, aber er ist ein hoffnungsloser Idealist. Immer weiß er auch allen Widerwärtigkeiten des Lebens eine Sonnenseite abzugewinnen. Doch gestern sah er sehr krank aus. Ich habe ihn nach Hause gebracht, ihn ins Bett gepackt und habe ihm seine Kognakflasche und seine Zigaretten weggeschleppt, denn manchmal bejaßt er sich, ohne betrunken zu werden, und dann schreibt er Gedichte und Dramen, die kein Mensch versteht. Aber irgendeinen Spieles haben wir ja schließlich alle, geehrter Herr. Mein kranker Freund hat mir dann eine Geschichte erzählt, die gewiß einem künftigen Conzilio entnommen sein könnte. Aber auch das sogenannte Leben ist manchmal kitschig, wenn man diesen Begriff überhaupt genau definieren kann, mein Herr. Ich will Ihnen die Geschichte so erzählen, als ob mein Freund Ihnen selber gegenüber säße. Bitte, geben Sie mir eine Zigarette!

M. P. L. a. D.

Ich stehe vor einem großen Hotel — Blumenstrauß in der Hand. Der verbindlich lächelnde Empfangsbesorger, ein Mann mit Intelligenzbrille und wasserhellen Augen, steht wippend auf der untersten Stufe der breiten Marmortreppe; gewiß ist er vor lauter Höflichkeit bereit, wie auf Kommando jederzeit das Gleichgewicht zu verlieren. Ein Topf in weißer Seidenblase, blau-gold bedeckt, schleift Ladederkoffer. Das Auto, ein altes hellgelbes Taxi (ich könnte den lächerlichen Affen mit dem Trinkgeldgeficht ohrrücken, weil er für Lady diesen schmieren Wagen herangezogen hat), prustet und klappert wie ein billiges Gießbandprodukt, dessen letzte Rate eben erst gezahlt wurde. Der Chauffeur mit Schnapsnause und diesem schwarzen, verbleichten Fahrmantel, sitzt selbstgefällig und zufrieden wie ein Pajsch auf dem Fahrersitz.



„Wollen wir nicht lieber zu Fuß gehen, Lady?“ frage ich. Ich sehe sie auf Kopfen. Der überhöfliche Empfangsbesorger argert mich. Daraus hält er es für angebracht, ebendiese Höflichkeit in ein wandelndes Schrittmessgerät in meine Unterhaltung einzufügen. Lady lächelt ihn an. Ich spüre atomistische Bewegungen und möchte ihn gegen die Wand drücken, damit die schwarzen Hängelassen seiner unedelmütigen auf-Höhe schwingen werden und darauf dieser präzis funktionierende Empfangs- und Abschiedsautomat merkt, daß Lady und ich keinen Wert mehr auf seine Anwesenheit legen. Das Gedächtnis ist verflucht. Es ist zwanzig Uhr zwanzig. Um einundzwanzig Uhr, Meines Zeichens, fährt ihr Zug. Dann ist alles zu Ende. Ein wohlbesetzter Reisewagen fährt auf der Terrasse des Hotels und lacht laut auf, als der Herr Empfangsbesorger nachlässig Besatze machend über eine Straße stolpert. So geht Leute haben um was herum und heiseren Einrede. Das köstliche und überlebene, im Stil der wilhelminischen Ära erbaute Hotel hat überhaupt so ein richtiges Trinkgeldgeficht. Auch die lächerlichen Jugendstilbauwerke scheinen aus biegsamen Woods zu sein und nicht aus hartem Metall.

Ich feige ins Auto. Das Herz schlägt mir bis zum Hals. I hit up my bag and i say: Tweet — Tweet! — fage ich. Lady lächelt und frage: „Wie sagst man deutsch das?“ — „Oh, weg mit dem! Immer richtig! Wie, mein Junge. Wer sagt, gewandt frei überlegt?“ Ich gehe ihr einen Kitz (Eigentümlich lag es am Chauffeur). Ich habe ihn gefragt, er soll langsam fahren, und jetzt ruff er wie ein Caracalla durch die Kurve. Lady schaut zum Fenster hinaus und lächelt nicht mehr. Dann dreht sie langsam den Kopf und legt mir ihre kleinen Hände auf die Stirn. Sie sagt: „Du sollst nicht

traurig sein und nicht weinen.“ — Weine überhaupt nie — Quatsch! — knurre ich. „Was ist Quatsch?“ fragt sie. „Überseht!“ — „Oh — German Slang!“ Wieder so eine liebe Kurve. (Ich könnte den dicken Chauffeur jegenen, wenn ich der Papst wäre.) „Aussteigen! Wir sind am Bahnhof. Noch dreißig Minuten bis zum Abgang des Zuges. Du, im vergangenen Jahre war hier im Bahnhof eine kleine Eisenbahnkatastrophe. Da hatten alle Jügel fast vier Stunden Verspätung. Fein, was?“ sage ich und gebe so einem grellbunten Reklameplakat einen Fausthieb. (Nicht zu empfehlen. Fingerknöchel verstaucht.)

„Why? — Warum müssen wir wieder auseinander?“ flüstert sie. Ihre Finger krallen sich um meine Hände. „Mädel, jetzt sei vernünftig. Wir gehen in den Wartesaal. Noch zwanzig Minuten.“ „Du fährst ein paar Stationen mit!“ sagt sie plötzlich und lacht. — „Das geht doch nicht! Du fährst erster Klasse und ich gehe Kempteln. Das geht einfach nicht!“ — „Why?“ fragt sie freimütig. „Ja, warum eigentlich nicht? — Du fährst mit bis — Berlin!“ — „Bitte.“ Sie schaut mich fragend an. „Ausgeschlossen!“ erwidere ich. — „Hast — du kein Geld?“ flüstert sie leise und sieht mich so an, als ob ich ihr nicht böse sein sollte. „Doch, natürlich.“ (So natürlich ist das eigentlich gar nicht.) Ich fühle in einer Rocktasche ein paar Geldscheine. Das Honorar für durchgearbeitete Nächte, verstreute Nerven und hundertmal enttäuschte Hoffnungen. Das Geld wird drausgeben. Gleichwie. „Gut!“ sage ich, „ich fahre mit bis — Wehra.“ Jetzt kriegen ich einen Kuß mitten im Wartesaal. Einundzwanzig Uhr. Langsam schnaukt der Zug aus der Halle. „Hast — du meinen Brief erhalten?“ frage ich. — „Ja, auch das Gedicht.“ Und mit leichtem englisch-amer. anischem Akzent liest sie einige Verszeilen. „Das ist noch lustig“, sagt sie, „aber du darfst nicht so traurig schreiben.“ Sie liest weiter: „Im gleichen Trost — nur einer unter vielen, die müde mit dem Blick der Hoffnungslosigkeit ins Elend starren. — Ich verstehe die Worte nicht so richtig, aber ich fühle, wie du das meinst. Du mußt mehr lächeln. Keep smiling!“ Leise und behutlich küßt sie mich auf die Stirn.

Der Zug rast im 90-Kilometer-Tempo durch die Nacht. Kleine Stationen fliegen in tausender Hast vorbei.

„Ich kann nicht immer lächeln wie ihr drüben in Amerika. Du mußt das verstehen. Du bist doch reich oder lebst zumindest in sehr guten Verhältnissen. Was weißt — du denn von dem Dreck, der uns jungen Menschen von heute das Leben so verdammt schwer macht? Nicht, daß wir uns unfruchtbarer Gefühlsproblematik hingeben —“ Ich schweige. Sie weiß von allem nichts, und warum soll ich sie mit meinen Sorgen belasten.

„Bist — du Kommunist?“ fragt sie plötzlich. „Nein, vorläufig hat die Vernunft noch die Oberhand, und es gibt Dinge, die man als anfänglicher Keil nicht tut.“ — „So seid ihr Deutschen! Mein Mann ist jetzt in Russland und verkauft den Russen Maschinen, Lokomotiven, Kriegsmaterial und was weiß ich noch alles. Es wird ein ganz großes Geschäft, sagt er.“ — „Sol!“

Stimmt, Lady ist ja verheiratet. Ihr Mann hat ein Gesicht wie ein Indsman. Brutale Unterkiefer, schmale Lippen und stahlgrüne Augen. Amerikanischer Engländer. „So, den Russen verkauft er Maschinen.“ Eine Kluff spaltet sich.

Lady zieht fröhlich die Schultern zusammen. Ich sehe sie von der Seite an. Sie hat den Kopf abgewandt und vermeidet, mir in die Augen zu sehen. Ich versuche mir ihr Bild einzuprägen. Einzelheit für Einzelheit nehme ich in mir auf. Schlichtes, blaues, raffiniert einfaches Reisekomplet. Etwas Schmuck. Dezent, unauffällig. Platin und Brillanten. Ein Silberfaß. In diesem Augenblick hoffe ich sie. „An dem Plunder, den du da anhaßt, klebt Blut!“ Fast brutal muß ich das gesagt haben. (Warum eigentlich? Ist man schon mehr Anarchist, als man es sich selber eingestehen will?)

Sie fährt erschrocken zusammen und sieht mich verständnislos an. Ich starre vor mich hin. Eine ganze Weile schweige mir. Sie ist aufgestanden und preßt ihren Kopf gegen die Glasscheibe. Warum zucken ihre Schultern? Ich stehe auf, und jetzt sieht sie mir offen ins Gesicht. Jetzt sehe ich, was ich angerichtet habe. Sie weint.

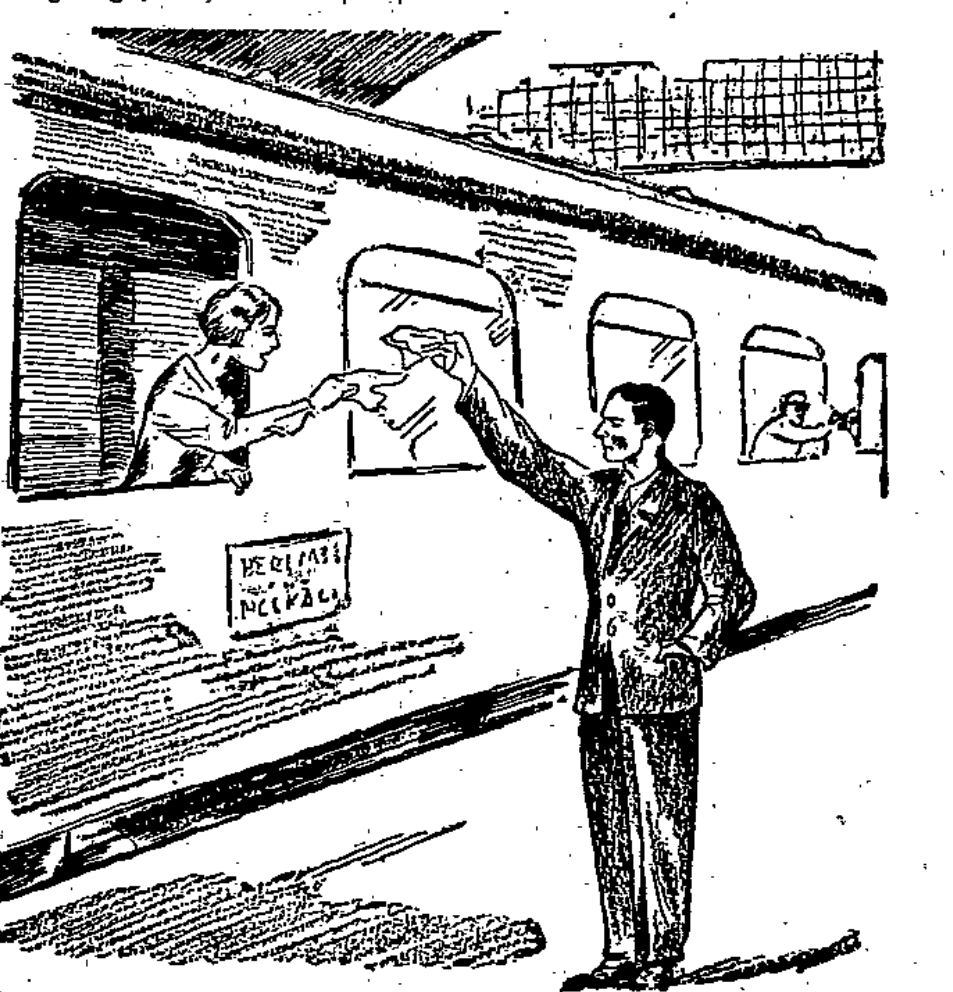
Behutsam lege ich ihr meinen Arm um die Schultern. „Nicht weinen! Ich wollte dir nicht weh tun. Manchmal bin ich so ein komischer Kanak. Nicht mehr weinen!“ — „Oh“, sagt sie leise, „du hast mir nicht weh getan. Ich kenne dich besser, als du vielleicht selber weißt. Ich habe einen Bruder gehabt. Jetzt ist er tot. Du siehst ihm ähnlich, aber du bist doch wieder ganz anders. Hüter! — Nur wenn du krank bist, dann hast du genau solche Augen wie Johnny. Deine Stirn ist höher.“ Sie streichelt mein Gesicht. „Was sind das für Falten?“ fragt sie. „Jetzt sieht es alt aus.“ — Ich mache mich los und sage ziemlich grob: „Mladny! Es ist besser, ich steige auf der nächsten Station aus. Verstehen Sie nicht, das alles ist Wahnsinn, verückt, — Insinn!“ Es ist der letzte Versuch, die Vernunft rege zu machen, um eine Gefühlskatastrophe zu vermeiden. (Und doch weiß ich, daß alle Vernunft zwecklos ist.) Wir sitzen auf dem Bett. Ich sehe ihre Ringe, blättere in den Traverlerbüchlein, sehe ihre Pässe und die bunten Hotelmarken auf den Koffern. Was ist Glück? flüstert sie. Erträgt sie meine Gedanken? „Nein“, sagt sie, „das da ist kein Glück. Es gehört etwas mehr dazu als nur Geld!“ — „Ja“, sagt sie leise, „es gibt Dinge, die man nicht für dieses Papier da kaufen kann“ und wirft ihr Scheckbuch in die Handtasche. „Ich weiß, du bist manchmal glücklicher als ich“, sagt sie noch hinzu. Ich schweige. Was soll ich antworten? „Du liebst doch deinen Mann! Warum hast du ihn sonst geheiratet?“ — Sie zuckt mit den Achseln und bemerkt bitter: „Eine Frau wird geheiratet. Meine Eltern haben es gemollt, und ich war noch zu jung, um einen eigenen Willen zu haben. Abgesehen davon, war man vielleicht zu gut errogen.“ — Alles, was du mir erzählt hast, habe ich nie kennengelernt. — Aber ich bin doch ein Mensch — und kein Gepäckstück. Immer muß ich reisen. Wie habe ich ein zu Hause. Heute New York, morgen Tokio, jetzt muß ich nach Moskau fahren. Mein Mann kommt nur eins: Geschäft! Oh, er ist großzügig, ein echter Amerikaner. Er ist immer höflich und ist sehr besorgt um mich. Aber sonst — nichts. Ich bin ihm Mittel zum Zweck. Er braucht mich zum Repräsentieren. Ich darf mir nie erlauben, einen eigenen Willen zu haben. Ich bin Amerikanerin, voll und ganz. Trotzdem fühle ich mich nie heimisch, wenn ich in New York oder Cleveland bin. Ich hasse dieses Land — Geld — Geld! — Man stellt uns Frauen auf ein Diebstaß und läßt uns lechlich verhungern. Die meisten fühlen sich sehr wohl dabei. Ich nicht. Da wirst nicht alles verstehen, vielleicht hältst du mich für überpant. — Aber ich will nicht mehr — ich bin ein Mensch und keine Puppe, die immer lächeln muß, weil es zum guten Ton gehört! Es ist alles so zwecklos, immer dieses Jagen, immer diese entsetzlichen Hotelzimmer, immer Theaterpielen, wenn man wieder unter Menschen ist!“ — „Ich kann dich sehr wohl verstehen“, sage ich, „aber wenn du dir nicht selber helfen kannst, kann dir niemand helfen! — Revolutioniere!“ — „Ja, wenn ich du wäre und wäre ein Mann, aber so —“

Der Zug rast weiter. Neben mir schnarcht ein dicker holländischer Bettfedehändler. „Hast du Kinder?“ frage ich. „Nein, mein Mann sagt, Kinder sind kaputt. Wahrscheinlich läßt sich kein Geschäft mit ihnen machen. Aber warum erzähle ich dir das alles? Warum hast du meinen Weg gekürzt? Insinn! Warum?“ — „Geh zum Teufel mit deinem verfluchten ‚Warum‘“, sage ich und drehe ihr in meiner Erregung das Handgelenk um. „Deshalb!“ — Wir starrten aus an und haben den gleichen Gedanken. Durchbrennen — durchbrennen! — durchbrennen! ruffen die Räder. Was dann? Was dann? höhnt es, wenn der Zug über die klapperigen Verbundschwellen der Schienen ruff. — Es ist einundzwanzig Uhr fünfzehn. Wir sind in zwanzig Minuten in Wehra, dann muß ich aussteigen“, sage ich. — „Why?“ — „Ja, warum?“ — Mir würgt etwas in der Kehle, und ebenso hoffnungslos und verzweifelt wie sie sage ich: „Du und ich — warum? Aber

es ist alles sehr zwecklos. Wir dürfen uns nie wiedersehen. Ich bin niemand — und ich muß jetzt sehr vernünftig sein!“

Der Zug fährt langsamer. Er hat eine Steigung zu nehmen. Sie küßt mich auf den Mund und auf die Augen. „Ich liebe dich“, sagt sie ganz leise und schlicht. „Es ist gleich, wer du bist, ich liebe dich!“

Der Zug fährt wieder schneller. Die ersten Stationslichter tauchen auf. „Abschied! Abschied! Abschied!“ jischen die Bremsklötze. Der Schaffner reißt die Tür auf. „Bitte fertig machen!“ — „Danke.“ Jetzt ist Lady wieder Dame, kühl und beherrscht. Ich reiße mich zusammen und küsse ihr sehr offiziell die Hand. Reifende stehen auf dem Gang. Der Zug hält. Langsam gehe ich auf die Tür zu und will aussteigen. Ruhe, mein Junge, Ruhe — Leute sehen dich an. Ich höre ein unterdrücktes Schluchzen. Lady kommt mir unsicher nach. Die ganze Fassade von Vorurteilen und Anschauungen, diese Käfige, in denen die Menschen freiwillig leben, weil sie mangels innerer Selbstzucht es sich nicht leisten können, einmal sich selber zu sein, kracht zusammen. Laßt diese fettgefressenen Schieber da grinsen! „Good luck! Viel Glück!“ Gott schütze dich! Es trifft mich wie ein Keulen Schlag. „Du sollst immer lächeln und nicht traurig sein“, sagt sie ganz hart, und dabei laufen ihr die hellen Tränen über die Wangen. Noch einmal darf ich einen Kuß auf die herben, feingehungenen Lippen drücken. Der FD-Zug setzt sich schon wieder in Bewegung — ich muß ja aussteigen. — Ein Tschentuch flattert, aus dem Abteil heraus reicht sie mir noch einmal die Hand und sagt: „Leb wohl, das Glück sei mit dir!“ — Wann bin ich wieder nach Hause gefahren — und morgen gehe ich wieder stempeln. —



Sehen Sie, lieber Herr, das ist eine unwahrscheinliche Geschichte und hat in unserer neu-sachlichen Zeit nichts zu suchen. Und darum ist es kitschig. Aber mein Freund hat ja gewinkt, mehr noch geflücht, jetzt ist er wieder normal. Gestern bin ich mit ihm zum Stempeln gegangen. Unterwegs haben wir ein schönes Auto. Ein reicher Mann saß darin. Plötzlich sagte mein Freund: „Dieser Mensch da hat sicherlich sehr viel Geld. Vielleicht ist er auch manchmal zufrieden mit sich und den anderen. Aber glaube mir, ich bin viel reicher als der da.“ Mein kleiner Freund lächelte und hatte in seinen Augen das glückliche Leuchten eines großen Kindes. Das kann ich nun nicht verstehen. Wie kann man reich sein, wenn man ein armes Luder ist? Aber ich bin eben Materialist. Ich habe mich aus lauter Sorge um ihn so aufgeregt, daß ich mich am ganzen Körper wie zerfchlagen fühle. Mir ist, als hätte ich die Geschichte selbst erlebt. Aber das ist ja Unsinn. Niemand sagt zu mir: Ich liebe dich! Auch zu Ihnen nicht, mein Herr. Doch kommen Sie. Es ist elf Uhr. Wir müssen stempeln gehen. — Geben Sie mir bitte noch eine Zigarette!

## Ein seltener Fall, oder das verhungerte Genie.

Solange Kronisch lebte, kümmerte sich niemand um ihn. Er war ja auch mit niemand befreundet, und sein Leben war wie das eines Einsiedlers, eines Menschenfindes. Da sich niemand seine engere Bekanntheit erwerben konnte, mußte man auch nicht, warum er immer so finster und allein war.

In einem öden, grauen Hause starb er, ganz einsam. Nur standige Mäcker waren um ihn. Der Tod kam früh zu Kronisch. Vielleicht hat er sich nicht sehr gewehrt. Man weiß auch nicht, warum er gestorben ist, ob aus Gram, an einer Krankheit oder sonst aus irgendeinem Grunde. Er starb, und es starben täglich viele Menschen. Oft trennt nur eine dünne Ziegelschicht, eine Bretterwand den einen vom anderen. Doch nichts weiß man voneinander. Jeder hat sein eigenes Leben, ist sich selbst der Mittelpunkt, hat zu tun, mit sich selbst fertig zu werden.

Und solange Kronisch lebte, konnte und wollte niemand etwas mit seinem armen Leben zu tun haben. Er starb jung, wurde begraben und vergessen.

Jahre zogen dahin. Da wurde der Tote wieder unter die Lebenden gerufen. Ein zäher Kampf entspann sich um ihn. Jeder wollte etwas von ihm wissen, von seinem Leben, von seinen Eigenheiten, von seinen Arbeiten. Er war bekannt, wie selten einer, und reich an guten Freunden.

Die geistige Welt war in Aufruhr. Zeitschriften schrieben über ihn. Irgendwelche alte, rissige Blätter waren gefunden worden. Zufällig, nebenbei. Kronisch war ein großer, kluger Mann. Ein Kampf entspann sich unter den Wissenschaftlern, jeder wollte sein Entdecker sein, jeder warf dem anderen Verantwortungslosigkeit, den Untergang des großen Genies vor. Man streift sich über sein Leben, über sein Ende. Alles mögliche vermutete man über seinen Tod, niemand fiel es ein, daß er verhungert sein könnte. Es war ein seltener Fall. Und selten wußten die Lebenden soviel voneinander, als von diesem Toten. Und während man seinen Namen ehrte, ihm Denkschriften, Denkschriften, Denkmäler errichtete von mächtiger Sprache, gewaltiger Größe, verfaulte sein junger Leib schon im Grab.

Martha Erlben.

## Humoristische Ecke.

Hühnerfasser?

Der Dorfschulze. Auf dem Reinszeugnis, daß der Dorfschulze seinem schwebenden Dienstmaßchen ausserficht, steht am unteren Rand vordgedruckt: „Dient nicht als Legitimation.“ Der Ordnung wegen schreibt der Schulze zur Erläuterung dahinter: „Sondern als Hochmag.“